

Beteiligungsbericht

2007



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Rudolf Marx

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb
(Amt für Controlling, Wirtschaftsförderung und
Naturschutz)

Druck: Vogelsbergkreis, Hausdruckerei

Stand: 31. Dezember 2006

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem zweiten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2006 ab.

Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss.

Unser Ziel ist es daher, erstmals mit der Vorlage des dritten Beteiligungsberichtes, die Jahreskennzahlen unserer Beteiligungen zum 31.12.2007 noch im Jahr 2008 im Bericht abzubilden.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Nachschlagewerk in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Zusätzlich zur Druckversion wird der Beteiligungsbericht 2007 als PDF-Datei im Internet abrufbar sein unter www.vogelsbergkreis.de → Themen → Beteiligungsbericht.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641 / 977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641 / 977-270 zur Verfügung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Marx'.

(Marx)
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung | 1 |
| 1.2 | Beteiligungsbegriff | 4 |
| 1.3 | Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen | 5 |
| 1.4 | Aufbau eines Beteiligungscontrollings | 7 |
| 1.5 | Erklärungen zur Rechnungslegung | 8 |

Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises 11

Verkehr und Versorgung

- | | | |
|---|---|----|
| ➤ | Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH | 14 |
| ➤ | Wasserverband Nidda | 29 |
| ➤ | Wasserverband Schwalm | 33 |
| ➤ | Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen) | 39 |
| ➤ | Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH | 54 |

Entsorgung

- | | | |
|---|---|----|
| ➤ | Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis | 64 |
|---|---|----|

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 68
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 75

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 89

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 98

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 102
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 112
- Sparkasse Oberhessen 122

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 136

Urheberrechte

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1)¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2)¹Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

²Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) ¹Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) ¹Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
- ²Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
- ³Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) ¹Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. ²Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

³Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

²Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) ¹Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

²Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

²Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis

beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in

Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von *Gemeinden* und *Gemeindeverbänden*, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im

Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Aufbau eines Beteiligungscontrollings

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand hat bundesweit eine allgemeine Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Ebenso ist im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren

Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Der Vogelsbergkreis wird derzeit als Pilotkommune im Rahmen der 108. vergleichenden Prüfung „Betätigung von Landkreisen“ durch den Hessischen Rechnungshof geprüft. Wenn auch ein abschließendes Ergebnis erst 2008 vorliegen wird, so ist schon jetzt festzustellen, dass ein den Kriterien des Rechnungshofes adäquates „Beteiligungscontrolling“ bisher bestenfalls rudimentär vorhanden ist.

Im Zuge der Einrichtung eines „Neuen kaufmännischen Rechnungswesens“ (NKRS) auf doppischer Basis wird dieses Controlling aufzubauen sein.

Der Aufbau eines Beteiligungscontrollings besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Controlling, Wirtschaftsförderung und Naturschutz).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen.

im Amt für CWN ist vorgesehen.

Mit der Vorlage des 1. Beteiligungsberichtes wird eine wichtige Grundlage für das Beteiligungscontrolling gelegt.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände bedienen sich in der Regel der kammeralen Buchführung (einfache Buchführung) nach den Vorschriften der alten HGO, der bisherigen Gemeindehaushalts- und der Gemeindekassenverordnung. Bei der einfachen Buchführung steht primär nur die Bestandsfortschreibung im Vordergrund. Der Periodenerfolg wird ausschließlich durch Vermögensvergleich ermittelt.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres hat der (Zweck-)Verband die **Jahresrechnung** nach den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts aufzustellen. In ihr ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und der Stand des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am

Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Im Zuge der Einführung des Neuen Kaufmännisches Rechnungswesens bis 2009 wird sich dies ändern und einer kaufmännischen Buchführung Platz machen.

Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich hingegen der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

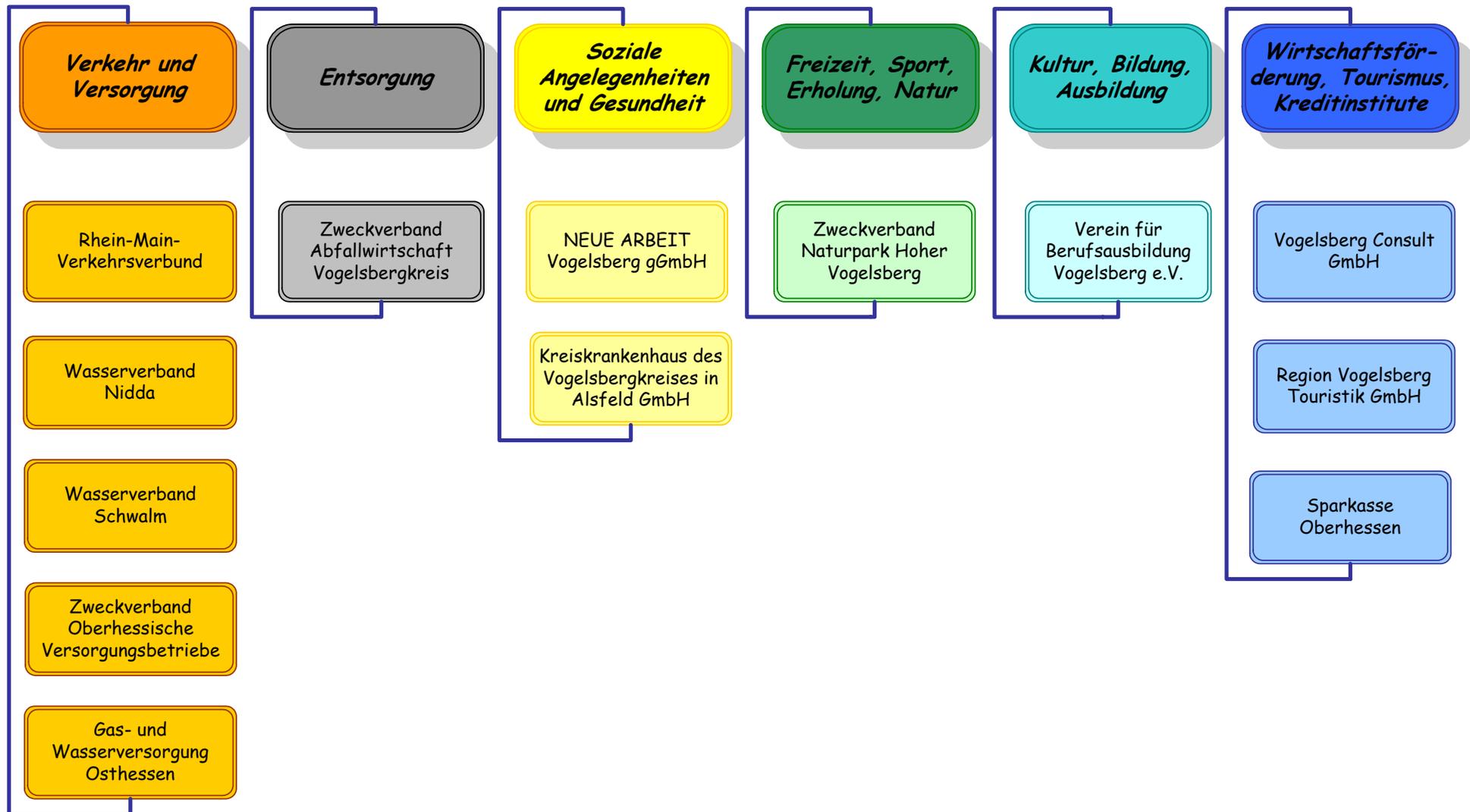
Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Volker	Sparmann
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Ottfried	Backes
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-206 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Hans-Ulrich	Lipphardt
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dr. Peter	Szepanek
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	zav-vb@t-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-ve.de	Herr	Christoph	Geist
Kreis Krankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreis Krankenhaus-alsfeld.de www.kreis Krankenhaus-alsfeld.de	Herr	Henner	Häfner

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Am Hohenwiesenweg 1	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturparkvogelsberg@freenet.de www.naturpark-hoher-vogelsberg.de	Herr	Rolf	Heuchert-Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Fulder Tor 30 ab 01.01.2008: Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- Regionalisierter regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionalisierter regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,7 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Alfred Jakoubek
Rolf Gnadl - stellv. Vorsitzender	Fritz Kramer (ausgeschieden 2006) Bernd Woide (Nachfolge)
Bernd Abeln	Dietlinde Elies (bis 04.07.2006) Stefan Becker (05.07. bis 21.08.2006) Siegfried Fricke (ab 22.08.2006)
Dr. Walter Arnold	Enno Siehr
Klaus Feuchtinger	Jürgen Banzer (bis 12.07.2006) Ulrich Krebs (ab 13.07.2006)
Birgit Simon	Dr. Karl Ihmels (bis 05.11.2006) Wolfgang Schuster (ab 06.11.2006)
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Dr. Manfred Fluck (ausgeschieden 2006) Manfred Michel (Nachfolge)
Dr. Ursula Jungherr	André Kavai
Gerhard Möller	Berthold R. Gall
Thomas Rausch	Dr. Karsten McGovern
Ulrich Müller	Horst Schnur
Dr. Frank Kanle (bis 30.06.2006) Egon Vaupel (ab 01.07.2006)	Peter Walter
Ernst Peter Layer	Burkhard Albers
Wolfram Dette	Rudolf Marx

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Michael Budig (bis 02/2006) Michael Takatsch (ab 02/2006)
Karl-Ludwig Katholi (bis 01.11.2006) Wolfgang Holzhausen (ab 01.11.2006)	Norbert Schüren
Dr. Klaus Vornhusen	Arno Treber (i.R.) Werner Siebert (ab 01.10.2006)
Jens Scheller	Klaus Gürsch
Peter Berking	Karlheinz Betz
Dr. Kai Eicker-Wolf (bis 01.06.2006) Verena diPasquale (ab 01.06.2006)	Reinhold Bickelhaupt
Josef Hoormann	Matthias Altenhein
Dr. Hans-Peter Debling	Dipl.-Verw. Thomas Fiedler
Markus Gilbert	Michael Holla
Bernhard Mundschenk	Wilfried Venerius (bis 08/2006) Armin Klein (ab 08/2006)
Dr. Georg Friedrich	Christian Sommer
Michael Ackermann	Norbert Fischer
Peter Bickel	Dieter Mohn
Karl-Heinz Holub	Reinhold Hasselbacher
Doris Weiland	Volker Rahm
Hans-Jörg von Berlepsch	Ralf Scholz

Gunther Rebal	Heinz-Konrad Debus
Volker Lampmann	Peter Krämer
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Bier-Kruse	Jürgen Hoffmann
Dipl.-Ing. Uwe Cramer	Gerhard Möller (bis 04/2006) Eckhard Bernstorff (ab 04/2006)
Horst Freund	Armin Klein
Norbert Witzel	Gerd Mehler - Vorsitz
Reinhard Bayer	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Geschäftsführung: Volker Sparmann (Sprecher der Geschäftsführung)
Hansjörg Röhrich (Geschäftsführer seit 1.04.2005)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 30.06.1994
Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994
Handelsregister: Frankfurt, HRB 34128
Stammkapital: 690.244,03 €
Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH (rms) 80 %
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, 100 %
Zentrum f. integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), 32,52 %
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,11 %
cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH i.L., 22,50 %
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln, 0,65 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2006	2005	PASSIVA	2006	2005
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
1. EDV-Software	1.765.788,00	1.137.765,00	II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
2. Geleistete Anzahlungen	136.760,00	216.270,40	Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
	1.902.548,00	1.354.035,40	B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	2.925.388,89	2.401.991,18
II. Sachanlagen			C. Rückstellungen		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	521.091,00	669.971,00	1. Rückstellungen für Pensionen	3.365.967,00	3.437.111,00
III. Finanzanlagen			2. Sonstige Rückstellungen	4.764.907,97	5.048.746,22
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	432.839,01	301.802,03	Summe Rückstellungen	8.130.874,97	8.485.857,22
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	18.910,88	31.182,75	D. Verbindlichkeiten		
3. Beteiligungen	50.000,00	45.000,00	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	100.000,00
	501.749,89	377.984,78	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.241.845,71	2.680.967,54
Summe Anlagevermögen	2.925.388,89	2.401.991,18	3. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	1.067.357,38	302.007,56
B. Umlaufvermögen			4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	155.179,01	1.423.958,35
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	56.364,40	92.800,00
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	878.662,85	0,00	6. Sonstige Verbindlichkeiten	274.404,54	501.986,02
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	787.404,80	912,76	Summe Verbindlichkeiten	4.795.151,04	5.101.719,47
3. Sonstige Vermögensgegenstände	8.684.849,90	12.888.739,03	E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.254,72	0,00
	10.350.917,55	12.889.651,79			
II. Sonstige Wertpapiere	1.889.652,48	1.895.527,49			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.607.664,48	618.303,15			
Summe Umlaufvermögen	14.848.234,51	15.403.482,43			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	252.676,06	355.724,10			
Summe Aktiva	18.026.299,46	18.161.197,71	Summe Passiva	18.026.299,46	18.161.197,71

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006	2005
	€	€
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.103.958,80	2.484.264,03
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	<u>25.384.732,20</u>	<u>25.356.213,95</u>
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	27.488.691,00	27.840.477,98
4. Erträge aus Projektzuwendungen	3.689.975,98	2.884.785,82
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.497.236,83	971.077,75
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-1.621.526,54	-1.120.787,28
7. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	-17.423.241,64	-18.458.695,31
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-6.885.184,15	-5.848.211,92
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-1.762.804,75	-1.745.839,54
	<u>-8.647.988,90</u>	<u>-7.594.051,46</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.098.128,83	-1.217.637,72
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.098.128,83	1.217.638,72
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.763.926,01	-4.245.888,13
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	380.779,76	131.036,98
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	438.655,24	419.022,09
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-29.380,72	-1,00
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	-818.292,44
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-8.230,00</u>	<u>-7.700,00</u>
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.045,00	986,00
18. Sonstige Steuern	<u>-1.045,00</u>	<u>-986,00</u>
19. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Ausgewählte Kennzahlen

	<u>2006</u>	<u>2005</u>
Anzahl der Mitarbeiter: (Jahresdurchschnitt)	124	113
Anzahl d. Linien des lokalen + regionalen Verkehrs im Verbundgebiet	970	941
Angebotskilometer (lokaler Verkehr)	123.237,2	121.982,5
Angebotskilometer (regionaler Verkehr)	68.218,6	69.164,5
Haltestellen (beide Richtungen)	10.496	10.000

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Seit seinem erfolgreichen Start am 28. Mai 1995 hat sich der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) entsprechend der ihm zugeordneten Aufgaben und Anforderungen zum Mobilitätsdienstleister entwickelt.

Die Geschäftstätigkeit der RMV GmbH teilt sich zum einen in den Regiebereich und zum anderen in den Treuhandbereich. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit. Im Treuhandbereich werden die Regionalverkehre koordiniert und die Mittel des Landes treuhänderisch verwaltet.

Grundlage für die Geschäftstätigkeiten im Reuhandbereich ist das Verbundvertragswerk. Für den Regiebereich bilden der Gesellschaftsvertrag und der jeweils für ein Kalenderjahr genehmigte Wirtschaftsplan die Geschäftsgrundlage.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie der Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) als 80%ige Tochter der RMV GmbH, konnte auch für das Geschäftsjahr 2006 mit ihrem langjährig aufgebauten Know How als Consulter dem RMV erfolgreich die ihr übertragenen Aufgaben erfüllen. Durch die EU-Regelungen im Rahmen des Ausschreibungswettbewerbs im ÖPNV und den Regelungen zur Inhouse Vergabe, zeigt dies Auswirkungen auf die fachliche Ausrichtung der rms. Dies zeichnete sich durch eine schwächere Auftragslage im Wettbewerb aus. Die rms hat mit dem Innovativen Vertrieb die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Anpassungen durch fachliche Kompetenz an diesem Markt ausgleichen können.

Als nennenswerte Mitwirkung der rms ist das RMV-Forschungsprojekt „Barrierefrei ÖV-Information für mobilitätseingeschränkte Personen (BAIM)“ zu nennen.

Die rms hat sich zum Ziel gesetzt, im nationalen und internationalen Markt zu akquirieren. Dies zeichnet sich z.B. an ersten Projekten für Lokale Nahverkehrsorganisationen im Bereich der Marketingorientierung im ÖPNV-Markt aus. Weiterhin bereitet die rms ein größeres F&E Projekt zum Thema Kundenmanagement beim BMWi vor und des Weiteren läuft auf dem internationalen Markt erfolgreich die Umsetzung des Projektes „Beratungsleistungen des Community Support Framework III und des Businessplans der OASA-Gruppe“ in Athen.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der RMS hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2005 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 131 (i.Vj. TEUR 102) als Einlage an die rms zurückgeführt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2006 wieder mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 150 (i.Vj. TEUR 131) aus.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Im Geschäftsjahr 2006 bewirkte die fahma, dass die Fahrzeuge der Taunusbahn ausgeliefert und in Betrieb genommen wurden. Hierzu bildete die Grundlage der 2005 geschlossene Werklieferungsvertrag zwischen der Alstom GmbH und der fahma. Schwerpunktmäßig lagen die Arbeiten in 2006 im Bereich der Baubegleitung mit monatlichen Projekttreffen, sowie der Prüfung, inwieweit der Einsatz von Rußpartikelfiltern möglich ist.

In seiner Sitzung am 12.07.2006 wurde der Beschaffung und Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen für die Odenwaldbahn sowie deren Finanzierung vom Aufsichtsrat zugestimmt. Eine weitere Darlehensaufnahme durch die fahma wurde dadurch notwendig. Gleichzeitig musste die Finanzierung durch die RMV GmbH sichergestellt werden. Der

notwendige Gesellschafterbeschluss der fahma wurde in der Sitzung am 13.07.2006 gefasst.

Der Jahresüberschuss betrug TEUR 231 (i.Vj. TEUR 818 Fehlbetrag). Dieser wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2007 wird ebenfalls mit einem Jahresüberschuss gerechnet.

2.3 cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH (cosmobil)

Wie bereits im Abschluss 2005 angekündigt, ist die cosmobil am 4. Dezember 2006 in Liquidation gegangen. Für die cosmobil stand das Wirtschaftsjahr 2006 im Zeichen abschließender Arbeiten und der Vorbereitung zur Liquidation.

Die Rückführung des Personals in die RMV GmbH erfolgte bereits zum großen Teil in 2005. Die Aufgaben zur Einführung eines verbundweiten Electronic Ticketing Systems werden ab Januar 2006 von der RMV GmbH übernommen.

2.4 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Gesellschaft ist als Consultingunternehmen an der Technischen Universität Darmstadt angesiedelt.

Die Aufgaben liegen in der Anwendungsforschung im regionalen Verkehrsmanagement, die Adaption von Forschungsergebnissen sowie als Dienstleister zwischen dem ÖPNV und dem MIV (Motorisierter Individualverkehr). Die RMV GmbH hat im Geschäftsjahr 2005 einen Geschäftsanteil von der DB Regio AG zum Nominalanteil in Höhe von EUR 7.700 übernommen. Der prozentuale Anteil der RMV GmbH an der ZIV stieg von 25 % auf 32,5 %.

Die Geschäftslage hat sich deutlich stabilisiert und konnte in 2007 in den ersten vier Monaten fortgesetzt werden.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2006 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 34 (i. Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 105) ab.

2.5 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG (VDV KG)

Ab 2004 ist die RMV GmbH als Kommanditist mit TEUR 23 an der VDV KG beteiligt.

Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde der VDV KG der Zuschlag einer europaweiten Ausschreibung zur Beschaffung von über drei Millionen Chipkarten erteilt. Die KG dient hierbei als Dienstleister für Verkehrsunternehmen und Verbände.

Die VDV KG konnte nach einem Fehlbetrag von TEUR 5 in 2005 im Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss von TEUR 20 erwirtschaften.

2.6 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH erwarb im Geschäftsjahr 2006 Anteile an der beka in Höhe von € 2.500. Gegenstand des Unternehmens ist u.a. die Förderung des ÖPNV und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die beka ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung und Verlag tätig.

Das Interesse der RMV GmbH als *Gesellschafter* in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der *Gesellschafter* von Verkehrsunternehmen und Verbände in der beka.

Die beka schließt im *Geschäftsjahr* 2006 mit einem *Gewinn* von TEUR 71 ab. Nach dem *Gewinnverwendungsvorschlag* sollen TEUR 23 an die *Gesellschafter* ausgeschüttet werden und der Restbetrag in Höhe von TEUR 38 in die *Gewinnrücklage* eingestellt werden. Gemäß *Gesellschaftsvertrag* nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der *Ergebnisverwendung* teil.

3. Geschäftsentwicklung 2006

Durch die Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Artikel 13 sind hierdurch Kürzungen der Regionalisierungsmittel enthalten. Die Kürzungen wirken sich auch auf die Regiekosten der RMV GmbH aus, was einen noch stringenteren Umgang der Mittel erfordert.

Die Aufgabenerfüllung der RMV GmbH wird primär an den Zielen aus der Finanzierungsvereinbarung des Landes Hessen gemessen. Diese gilt es zu erreichen:

Steigerung der Marktreichweite:	Steigerung der Fahrgeldeinnahmen
Steigerung der Kundenzufriedenheit:	Pünktlichkeit, Service und Sauberkeit
Effizienzsteigerung:	Anteil der ausgeschriebenen regionalen Leistungen

Weitere Aufgabenschwerpunkte im *Geschäftsjahr* waren:

1. Erstellung des neuen Fahrplanes 2006/2007
2. Weiterentwicklung der Internet-Services
3. Tarifentwicklung zur Steigerung der Marktreichweite
4. Weiterentwicklung der Vertriebsstrukturen im Wettbewerb
5. Electronic-Ticketing
6. Mobile-Ticketing
7. Kundeninformation und Verkaufsförderung
8. Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
9. Controlling

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2006

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im *Geschäftsjahr* 2006 zum Vergleich 2005 auf TEUR 33.395 gestiegen (i.Vj. TEUR 31.415). Somit lag der Anstieg bei TEUR 1.980 oder 6,3 % zum Vorjahr. Der Anstieg ist primär im Personalaufwand wieder zu finden sowie in der Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen und den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen fallen durch die Projekte an.

Der Personalaufwand stieg aufgrund der vorgenommenen Neueinstellungen. Die befristeten Stellen wurden aufgrund des Beschlusses des Personalausschusses vom 15. November 2005 besetzt. Diese sind zum einen durch die Effizienzdividende und zum anderen durch das Forschungsprojekt BAIM aus Mitteln des BMBF gedeckt.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 991 auf TEUR 29.169 (i.Vj. TEUR 28.178). Im Gegensatz dazu sind die Betriebserträge um TEUR 989 auf TEUR 4.226 (i.Vj. TEUR 3.237) gestiegen. Primär ist die Steigerung bei den Projektzuwendungen zu finden. Die Erträge aus der Gewinnabführung sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 190 % gestiegen. Dies resultiert aus dem positiven Geschäftsabschluss der fahma. Im Vorjahr musste der Fehlbetrag durch die RMV GmbH (TEUR 818) ausgeglichen werden. Die Mehraufwendungen aus der Geschäftstätigkeit haben sich zum Vorjahr geringfügig vermindert.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung (TEUR 25.385) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger (TEUR 2.104) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich um TEUR 135 (0,75 %) auf TEUR 18.026.

Dabei hat sich das Anlagevermögen um TEUR 523 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Bedingt durch Beauftragungen im EDV-Bereich im Rahmen des Elektronischen Vertragsmanagements, sowie den Ausbau von HAFAS ist hier eine Steigerung zu verzeichnen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich aufgrund der Gewinnrückführung an die rms gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 555 inkl. ARAP gemindert, was sich insbesondere bei den Sonstigen Vermögensgegenständen niederschlägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind im Geschäftsjahr rückläufig, somit sind die Forderungen aus Drittmitteln geringer.

Im Geschäftsjahr konnten mehr Einsparungen als im Vorjahr erzielt werden. Die Forderungen an den Treuhandbereich fällt somit geringer aus.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr wie folgt verändert. Das Anlagevermögen macht 16,2 % (i. Vj. 13,2 %) der Bilanzsumme aus. Entsprechend entfallen 83,8 % (i. Vj. 86,8 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Durch höhere Nettoinvestitionen ist der Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite gestiegen. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbezogen bedingt. Die erhebliche Senkung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert aus dem positiven Geschäftsabschluss der fahma gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund des minimalen Rückgangs der Bilanzsumme hat keine wesentliche Veränderung der Eigenkapitalquote stattgefunden.

Anteilig an der Bilanzsumme macht das insgesamt langfristig zur Verfügung stehende Kapital 46,9 % aus (i.Vj. 44,1 %).

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Durch die bis zum Stichtag noch nicht erfolgte Auszahlung an den Treuhandbereich ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr ein erheblicher Anstieg der flüssigen Mittel zu

verzeichnen. Diese Liquiditätshilfe ist notwendig, um die Ansprüche der kommunalen Aufgabenträger abzudecken und vorzufinanzieren. Gleichzeitig muss der hierfür genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden. Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2006 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr waren im Personalbereich waren 16 Zugänge und 6 Abgänge zu verzeichnen. Die personelle Zunahme ist überwiegend auf die genehmigten Stellen aus der Effizienzdividende zurückzuführen. Die Finanzierung dieser zusätzlichen Stellen wird durch das Budget des Projektes „Effizienzdividende“ sichergestellt. Sie werden für Personalverstärkungen infolge der gestiegenen, zusätzlichen Aufgaben der RMV GmbH im Bereich Wettbewerb eingesetzt.

Ausblick:

1. ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), welches mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft trat und zunächst bis zum 31. Dezember 2009 befristet ist, löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess. ÖPNV-G) in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Aufgrund der Veränderungen und Neuerungen im ÖPNV, resultierend aus der Umsetzung der Vorgaben aus EU- und Bundesrecht, entsprach das hessische ÖPNV-G nicht mehr in allen Punkten den heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund wurde seitens des Landes die Novellierung als notwendig erachtet. Bei der Novellierung wurde das Gesetz übersichtlicher strukturiert und überflüssige Regelungen entfernt, die Aufgabenträgerorganisationen gestärkt und deren Aufgaben klar definiert.

Wichtig waren bei der Novellierung die Umsetzung des Wettbewerbs bei der Leistungserstellung, die eine Verankerung des Besteller-Ersteller-Prinzips erfordert um einen diskriminierungsfreien Wettbewerb zu ermöglichen. Des Weiteren wurde eine Stärkung der ÖPNV-Aufgabenträgerorganisationen und eine Bündelung der Fördermittel umgesetzt. Die Vorgaben des ÖPNV-G werden seitens des Verbundes stringent umgesetzt.

Die bisherige Förderung des ÖPNV war zu stark maßnahmenorientiert und die Bestimmungen berücksichtigten zu wenig den Weg, Fördermittel über Budgets zu steuern, die in mehrjährigen Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land und den Aufgabenträgerorganisationen als Zuwendungsempfängern ausgehandelt werden.

2. Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009

Mit Abschluss der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005-2009 wurden die Vorgaben aus dem ÖPNV-G seitens des RMV umgesetzt. Insbesondere wird seitens des Landes der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung unterstützt, um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen. Grundlage sind hierbei die Finanzierungsinstrumente des Verbundes, die sich zwar in ihrer bisherigen Zielsetzung bewährt haben, sich allerdings in ihrer praktischen Umsetzung als zu eng angelegt erwiesen haben. Dies heißt nicht, dass die Zuwendungen des

Landes frei verhandelbar sind, sondern in Einklang mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen müssen. Die in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität, wurde die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 entsprechend modifiziert.

Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung vom 16. Juni 2006 dem Haushaltsbegleitgesetz zugestimmt, das in seinem Artikel 13 eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes mit erheblichen Kürzungen der Regionalisierungsmittel beinhaltet. Vorangegangen war ein Kompromiss zwischen dem Bund und den Ländern, der eine um 500 Mio. Euro niedrigere Kürzung der Regionalisierungsmittel im Zeitraum 2008 bis 2010 als in der Kabinettsvorlage vorsieht und eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel wieder ab dem Jahr 2009 beinhaltet.

Durch die dargelegten Kürzungsmaßnahmen werden dem Öffentlichen Personenverkehr bundesweit in den Jahren 2006 bis 2010 Finanzmittel in Höhe von bis zu ca. 2,8 Mrd. Euro entzogen.

Die Auswirkungen für den RMV lassen sich wie folgt darstellen:

2006	6,3 Mio. Euro
2007	33,4 Mio. Euro
2008	42,0 Mio. Euro
2009	42,6 Mio. Euro
2010	43,3 Mio. Euro

Da in der Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung für die Jahre 2008 und 2009 eine Plafondierung vereinbart ist, muss der RMV sich auf einen Wert von 33,4 Mio. Euro einrichten.

Die Konzeption des RMV zur Kompensation dieses Kürzungsanteils hat als obersten Grundsatz die solidarische Umgehensweise mit den erforderlichen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen geben wird und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss („Jedem ein bisschen weh tun“). Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und der Region. Der RMV selbst wird mit 50 % die Hauptlast tragen. Dies bedeutet im Einzelnen die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten zu kompensieren.

Oberstes Ziel des Verbundes ist neben dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des RMV auch die Reduzierung der Risiken der Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umfragen für den Schienenpersonennahverkehr und den Regionalbus.

3. EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

Die wettbewerblichen Vorlaufphasen, in denen zur Bildung von Linienbündeln mit harmonisierten Laufzeiten Verkehrsverträge ohne vorangegangene wettbewerbliche Verfahren mit Verkehrsunternehmen geschlossen werden mussten, ist im Rhein-Main-Verkehrsverbund beendet. Die wettbewerbliche Übergangsphase, d.h. die sukzessive Ausschreibung der in den Verkehrsverträgen und im regionalen Nahverkehrsplan festgelegten Linienbündel im

Buspersonennahverkehr (BPNV) und Teilnetze im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist im Berichtsjahr weiter umgesetzt worden, wobei den unterschiedlichen Verkehrsmärkten im BPNV und SPNV Rechnung zu tragen ist.

Der Verkehrsmarkt des Buspersonennahverkehrs befindet sich zeitlich in der Mitte der wettbewerblichen Übergangsphase. Das novellierte „Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNV-G)“ vom 01.12.2005 führt dabei zu einer Konkretisierung und Stärkung des Besteller-/Erstellerprinzips der Akteure. Im Schienenpersonennahverkehr ist die wettbewerbliche Übergangsphase, insbesondere auf elektrifizierten Strecken, erst eingeleitet. Die notwendige Harmonisierung der Vertragslaufzeiten bei ländergrenzenüberschreitenden Verkehren ist in Einzelfällen noch erforderlich, um Unwirtschaftlichkeiten in der Betriebsdurchführung bzw. einen fahrgastunfreundlichen Verlust von Durchbindungen und/oder Umsteigebeziehungen zu vermeiden.

Im Berichtsjahr wurden im Schienenpersonennahverkehr die Ausschreibungsverfahren für die Teilnetze „Sinntal/E-Netz-Würzburg“ und „RE 9“ begonnen. Im Buspersonennahverkehr konnten im Berichtsjahr insgesamt sieben Linienbündel in den Verkehrsräumen Darmstadt-Odenwald-Bergstraße, Offenbach, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg, Limburg-Weilburg sowie im Verkehrsraum Gießen erfolgreich im Wettbewerb vergeben werden. In 2007 steht die Ausschreibung von sieben Linienbündeln in den Verkehrsräumen Frankfurt, Darmstadt, Lahn-Dill, Offenbach und Main-Taunus an.

Zur Erzielung von Synergieeffekten wurden im Berichtsjahr Ausschreibungspakete mit zwei oder mehreren Linienbündeln im Buspersonennahverkehr gebildet. Dies hat den Vorteil wirtschaftlicher Organisation und Bearbeitung von Ausschreibungsverfahren einhergehend mit einer signifikanten Reduktion damit verbundener Transaktionskosten. Zur Vermeidung einer Oligopolbildung und zur Sicherung des mittelständischen Verkehrsgewerbes wurden lediglich Angebote für jedes einzelne Linienbündel (Los) zugelassen.

Gesamtangebote über mehrere oder alle Lose waren unzulässig. Gewinner der bisherigen wettbewerblichen Verfahren in Hessen war zumeist das private Verkehrsgewerbe alleine oder als privat/kommunale Bietergemeinschaft mit ca. 60 % der Linienbündel bzw. Betriebsleistung.

Im Hinblick auf die öffentlich geführte Diskussion um „Dumpinglöhne im Verkehrsgewerbe“ hat der RMV in den Ausschreibungsverfahren im Buspersonennahverkehr im Berichtsjahr erstmals die Einhaltung des Tarifvertrages für das private Omnibusgewerbe des Landesverbandes Hessischer Omnibusunternehmer e.V. (LHO) in der jeweils gültigen Fassung während der Laufzeit des Verkehrsvertrages vorgegeben. Die Vorgabe soll das Verkehrsunternehmen in die Lage versetzen, die qualitativ hohen Anforderungen des RMV an das Fahrpersonal des Verkehrsunternehmens zu erfüllen. Gerade im Hinblick auf das vom RMV zu tragende Erlörisiko ist ein stets freundliches und im Umgang mit den Fahrgästen hoch motiviertes, gut ausgebildetes und deutschsprachiges Personal besonders wichtig.

Die zukünftige Entwicklung im Ausschreibungsmarkt ist insbesondere im Buspersonennahverkehr weiterhin geprägt von rechtlichen Unsicherheiten beispielsweise der zu erwartenden Änderung der EU-VO 1191 sowie durch die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19.10.2006. Der RMV wird unter Berücksichtigung des geänderten Rechtsrahmens an der Umsetzung seines Wettbewerbskonzeptes festhalten.

4. Controlling

Im Jahr 2006 wurde das Controlling-Konzept von 2005 systematisch entlang der Praxisarbeit optimiert.

Dabei wurden einzelne Controllinginstrumente verfeinert, vor allem ist hier die Projektcontrolling-Software „Sage Ovvice Line“ zu nennen. Beim Optimierungsprozess erwies sich eine organisatorische Zusammenlegung von Interner Revision und Controlling als sinnvoll. Die Stabstelle „Controlling/Interne Revision“ wurde zum 1. Januar 2007 eingeführt. Durch eine gegenseitige Vertretungsregelung wird die Durchgängigkeit bei den Revisions- und Controllingaufgaben gewährleistet. Ferner wird ein in die Controlling- und Revisionsarbeit integrierter Prozess für die Umsetzung der Prüfungs- und Controllinginstrumente im Jahr 2007 implementiert.

Hinzu kommen generelle Prüfungen, wie z.B. auf Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2007 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Erfolgsplan

	2007 TEUR (Plan)	2006 TEUR (Plan)	Veränderung %
Regiekosten	10.780	10.365	+ 4,0
Gutachten/Untersuchungen S	2.910	4.085	- 28,8
Gutachten/Untersuchungen O	7.360	7.885	- 6,7
Gutachten/Untersuchungen C/D	0	0	0
Aufwand	21.050	22.335	- 5,7
Umlage	2.726	2.622	+ 4,0
Landeszuschüsse	18.324	19.713	- 7,0
Ertrag	21.050	22.335	- 5,7

Finanzplan

	2007 TEUR (Plan)	2006 TEUR (Plan)	Veränderung %
Investitionen	2.040	1.555	+ 31,1
Ausgaben	2040	1.555	+ 31,1
Umlage	150	247	- 39,3
Landeszuschüsse	1.890	1.308	+ 44,5
Einnahmen	2.040	1.555	+ 31,1

Im Geschäftsjahr 2007 bleiben die Ansätze des Erfolgsplans um TEUR 1.285 (-5,7 %) unter dem des Vorjahres. Diese Einsparung entspricht der anteiligen Gesamtkürzung an Landesmitteln (Regionalisierungsmittel) gegenüber der Verbundfinanzierung am Regiebereich. Wir gehen davon aus, dass die Budgetansätze ausreichend bemessen sind, um unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Der Wirtschaftsplan 2007 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

6. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: wv-nidda@wetteraukreis.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Ausbau und Unterhaltung der **Nidda** vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster), Lich (OT Ober-Bessingen), jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Betram Huke - Vorsitzender (Rolf Gnadl)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
N.N. - stellv. Vors. (N.N.)	N.N. (Michael Keller)	Erhard Landmann (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Roland Schulz (Ulla Sievers)	Ludwig Seiboldt (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Oswin Veith)	Lucia Puttrich (N.N.)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Siegfried Fricke (Andrea Kaup)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)

Verbandsversammlung:

Heinz Becker (Christel Gontrum)	Claudia Coburger-Becker (Helmut Schwarzer)	Michael Hahn (Dieter Eisenberg)
Hans-Helmut Günther (Kurt Stiehler)	Hans-Peter Lang (Klaus-Werner Deis)	Ottmar Herche (Rosel Schleicher)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Günther Lampert (Reiner Kulb)	Katharina Jung (Bernhard Widmich)
Dr. Ulrich Heidemann (Roland Kammerer)	Dr. Gerd Rippen (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Michael Reinemer (Karl-Heinz Pfeifer)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Walter Pöllmann (Hans Gotthard Lorch)	Joachim Haas (Barbara Steffani-Velden)

Betriebsleitung: Oberamtsrat Ottfried Backes, Verwaltung
Dipl.-Ing. Manfred Tunkowski, Technik

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Stadt Butzbach	Stadt Niddatal
Vogelsbergkreis	Gemeinde Florstadt	Gemeinde Ranstadt
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Rockenberg
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Karben	Gemeinde Wöllstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Münzenberg	Stadt Lich
Stadt Bad Vilbel	Stadt Nidda	Stadt Schotten

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Ergebnis der Haushaltsrechnung 2006

	€
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	1.362.243,53
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	614.684,89
Summe Soll-Einnahmen	1.976.928,42
+ neue Haushaltseinnahmereste	90.056,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	12.000,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	263.738,07
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.791.246,35
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	1.295.243,53
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	300.524,42
Summe Soll-Ausgaben	1.595.767,95
+ neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	55.000,00
+ neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	262.170,87
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	121.692,47
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	1.791.246,35
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen ./.. Bereinigte Sollausgaben (Fehlbetrag)	0,00

Gegenprobe zur Haushaltsrechnung 2006

Ermittlung des Rechnungsergebnisses aus der Kassenrechnung

Bezeichnung	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
IST-Einnahmen	1.482.233,77	958.922,10	2.441.155,87
IST-Ausgaben	1.443.515,49	905.367,51	2.348.883,00
IST-Bestand	38.718,28	53.554,59	92.272,87
+ Haushaltseinnahmereste	0,00	395.211,00	395.211,00
+ Kasseneinnahmereste	12.979,76	0,00	12.979,76
- Haushaltsausgabereste	55.000,00	448.765,59	503.765,59
- Kassenausgabereste	-3.301,96	0,00	-3.301,96
Ausgleich/Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Gegenüberstellung Haushalt 2006 und Rechnungsergebnis 2006

Bezeichnung	HH-Ansatz €	Rechnungsergebnis €	Veränderung €	Veränderung %
Verwaltungs-HH				
Einnahmen	1.374.951,00	1.350.243,53	-24.707,47	-1,80
Ausgaben	1.374.951,00	1.350.243,53	-24.707,47	-1,80
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
Vermögens-HH				
Einnahmen	2.303.692,00	441.002,82	-1.862.689,18	-80,86
Ausgaben	2.303.692,00	441.002,82	-1.862.689,18	-80,86
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt-HH				
Einnahmen	3.678.643,00	1.791.246,35	-1.887.396,65	-51,31
Ausgaben	3.678.643,00	1.791.246,35	-1.887.396,65	-51,31
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

<i>Schulden</i>	<u>2006 / €</u>	<u>2005 / €</u>
Schuldenstand zum 31.12.	1.785.370,42	1.218.402,80

<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	568.000,00	517.372,65

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 8

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	ausgeglichener Haushalt
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- | | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| Winfried Becker - Vorsitzender | Wilhelm Kröll - Mitglied |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | Klemens Olbrich - Stellvertreter |
| Rudolf Marx - Mitglied | Johannes Averdung - Stellvertreter |
| Herbert Diestelmann - Mitglied | Michael Köhler - Stellvertreter |
| Erich Diehl - Mitglied | Günter Schlemmer - Stellvertreter |
| Bernd Heßler - Mitglied | Klaus Stiegel - Stellvertreter |

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Wasser- und Bodenverband
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung : 15.03.1996 (Neufassung)

Mitglieder:

Gemeinde Antrifttal	Gemeinde Wabern	Stadt Kirtorf
Gemeinde Bad Zwesten	Gemeinde Willingshausen	Stadt Neukirchen
Gemeinde Jesberg	Stadt Alsfeld	Stadt Schwalmstadt
Gemeinde Knüllwald	Stadt Borken (Hessen)	Stadt Schwarzenborn
Gemeinde Neuental	Stadt Felsberg	Schwalm-Eder-Kreis
Gemeinde Schrecksbach	Stadt Homberg (Efze)	Vogelsbergkreis

<i>Beiträge</i>	<u>2006 / €</u>	<u>2005 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	85.950,00	85.100,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	450.000,00	472.950,00

Schulden

Schuldenstand zum 31.12.	274.550,30	296.295,05
--------------------------	------------	------------

Rücklagebestände

Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	1.053.172,90	783.189,42
--	--------------	------------

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Haushaltsgesamtbeträge:

	Verwaltungshaushalt 2006 / €	Vermögenshaushalt 2006 / €	Verwaltungshaushalt 2005 / €	Vermögenshaushalt 2005 / €
Einnahmen	694.150,00	295.000,00	664.300,00	276.300,00
Ausgaben	694.150,00	295.000,00	664.300,00	276.300,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

Ist-Abschluss nach dem Hauptbuch

Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	mehr €	weniger €
Verwaltungshaushalt	797.544,41	797.544,41	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	405.518,35	405.518,35	0,00	0,00
Verwahrgelder	15,11	15,11	0,00	0,00
Vorschüsse	2.812,65	2.812,65	0,00	0,00
Insgesamt	1.205.890,52	1.205.890,52	0,00	0,00

Soll-Abschluss nach den Sachbüchern

	2006 / €	2005 / €
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	797.544,41	655.214,57
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	352.086,60	180.695,95
Summe Soll-Einnahmen	1.149.631,01	835.910,52
+ <u>neue Haushaltseinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushaltseinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.149.631,01	835.910,52
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	797.544,41	655.214,57
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	387.706,56	147.374,06
Summe Soll-Ausgaben	1.185.250,97	802.588,63
+ <u>neue Haushaltsausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	33.321,89
./. <u>Abgang alter Haushaltsausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	35.619,96	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	1.149.631,01	835.910,52
Bereinigte Soll-Einnahmen ./.		
bereinigte Soll-Ausgaben		
Ausgleich	0,00	0,00

Haushaltsüberschreitungen

Die Summe der genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen betrug

	2006 / €	2005 / €
im Verwaltungshaushalt	2,04	6.769,42
im Vermögenshaushalt	9.844,75	0,00
insgesamt	9.846,79	6.769,42

Einzelaufstellung

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz €	AO-Soll €	Überschreitung €
Deckungsring GD 001	Verbandsverwaltung	12.450,00	12.452,04	2,04
01.915100.86000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	170.500,00	349.826,61	179.326,61
02.691004.98200	Zuweisung an Gemeinde Knüllwald zur Sanierung Efze-Ufermauer	0,00	9.100,00	9.100,00
02.910001.91000	Zuführung an allgemeine Rücklage	0,00	269.440,65	269.440,65
02.910001.91200	Zuführung an Sonderrücklage Einstauschäden	400,00	542,83	142,83
02.912001.97700	Tilgung von Krediten	21.000,00	21.744,75	744,75
Zwischensumme:		204.350,00	663.106,88	458.756,88
abzüglich:	Mehrzuführung an den Vermögenshaushalt, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			179.326,61
abzüglich:	Zuführungen an die allgemeine Rücklage und Sonderrücklage, diese keine Haushaltsüberschreitungen im Sinne des § 100 HGO darstellen			269.583,48
mithin verbleiben Haushaltsüberschreitungen in Höhe von				9.846,79

Haushaltsausgabereste

Haushaltsausgabereste aus Vorjahr		53.431,75 €
Vermögenshaushalt		
02.6910001.935100	Erwerb von bewegl. Sachen des Anlagevermögens	5.118,74 €
02.6910001.950000	Erweiterung Bauhof Treysa	20.109,86 €
02.6910002.960100	Asphalтарbeiten Hochwasserrückhaltebecken	11.953,15 €
02.6910003.9820000	Zuweisung an Gem. Schrecksbach zu den Kosten eines Zufahrtsweges	3.750,00 €
02.6910004.9820000	Zuweisung an Gem. Knüllwald zur Sanierung der Efze-Ufermauer	12.500,00 €
Anordnungssoll auf Haushaltsreste im lfd. Jahr		17.811,79 €
Abgang alter Haushaltsreste		35.619,96 €
Summe Haushaltsausgabereste aus Vorjahren		0,00 €
Neue Haushaltsausgabereste		0,00 €
Summe der Haushaltsausgabereste Ende 2006		0,00 €

Schulden

	2006 / €	2005 / €
Zu Beginn des Haushaltsjahres bestanden gemäß Kontoauszügen an Schulden	296.295,05	316.415,72
+ aufgenommene Kredite im Haushaltsjahr	0,00	0,00
./. geleistete Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	21.744,75	20.120,67
./. geleistete Sonder-Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	0,00	0,00
Verbleibt ein Schuldenbestand am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von	274.550,30	296.295,05

Rücklagebestände

Bezeichnung	Stand	Zugang	Abgang	Stand
	31.12.2005			31.12.2006
	€	€	€	€
Allgemeine Rücklage	761.197,28	269.440,65	0,00	1.030.637,93
Termingeldkonto				
Rücklage Einstauschäden	21.992,14	542,83	0,00	22.534,97
Termingeldkonto		(Zinsen)		
Insgesamt	783.189,42	269.983,48	0,00	1.053.172,90

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag von 100.000,00 € der Kassenkredite gem. § der Haushaltssatzung wurde ebenso nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
 Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
 E-Mail: info@zov.de
 Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr im Verbandsgebiet weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden im Verbandsgebiet, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird seit 2004 durch das Verkehrsdezernat des ZOV gewährleistet. Dort werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

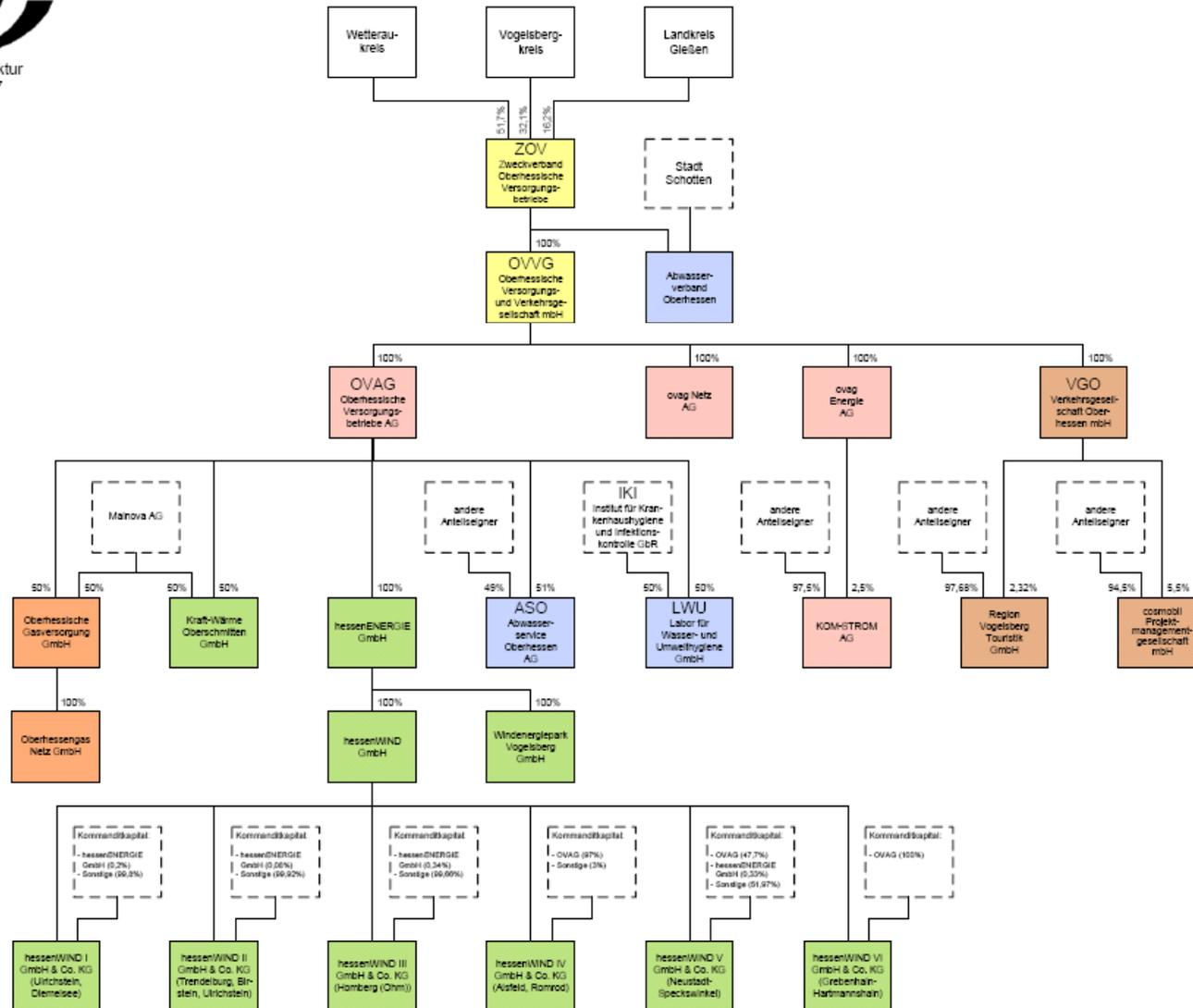
Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Beteiligung seit:</i>	1972
<i>Anteile in %:</i>	32,1 %
<i>§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Ver- und Entsorgung



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

□ [Landkreis Gießen](#)



□ [Vogelsbergkreis](#)



□ [Wetteraukreis](#)



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Silvia Lübbers
Ludwig Seiboldt
Siegfried Fricke

Rudolf Marx - **Verbandsvorsitzender**
Prof. Dr. M. Göldenboth
Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm
Bernfried Wieland
Karl-Heinz Schneider - stv. **Verbandsvors.**
Rolf Gnadl
Ekkehard Kehm

Verbandsversammlung:

Dr. Christiane Schmahl
Siegbert Damaschke
Heinz Schäfer
Claus Spandau
Jochen Kilp
Hans-Eberhard Hoffmann
Hans-Jürgen Becker
Manfred Weber
Dr. Udo Ornik
Johannes Averdung
Hartmut Hansel
Hans Heuser
Ulrich Künz
Michael Refflinghaus
Hans-Jürgen Schäfer

Kurt Wiegel
Manfred Dickert
Friedel Kopp
Swen Bastian
Manfred Görig
Elisabeth Hillebrand
Margret Jöckel
Rudolf Marek
Matthias Weitzel
Rainer Michel
Rosa Maria Bey - **Vors.**
Erhard Buß
Konrad Dörner
Walter Pöllmann
Guido Rahn

Manfred Reitz-Rühl
Karl-Peter Schäfer
Almut Wilser
Klaus Fischer
Wolfgang Patzak
Günter Bögelein
Rudolf Eimer
Joachim Arnold
Gerhard Becker
Eleonore Dietz
Kristina Paulenz
Dr. Wiltrud Risch-Laasch
Gerhard Weber
Georg Wegner

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Kristina Paulenz - Vors.	Rudolf Marek - Vors.	Claus Spandau - Vors.
Gerhard Becker	Johannes Averdung	Erhard Buß
Hans-Jürgen Becker	Swen Bastian	Eleonore Dietz
Manfred Dickert	Günter Bögelein	Rudolf Eimer
Konrad Dörner	Manfred Dickert	Elisabeth Hillebrand
Friedel Kopp	Rainer Michel	Margret Jöckel
Dr. Udo Ornik	Walter Pöllmann	Jochen Kilp
Manfred Reitz-Rühl	Guido Rahn	Dr. Christiane Schmahl
Hans Jürgen Schäfer	Heinz Schäfer	Gerhard Weber
Heinz Schäfer	Manfred Weber	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Georg Wegner	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Vorsitzender
Hans-Ulrich Lipphardt, Jurist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 15.12.2006)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) 100 %

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2006 €	2005 €	PASSIVA	2006 €	2005 €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Stammkapital	133.911.686,55	133.911.686,55
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	601.465,00	630.093,00	II. Zweckgebundene Rücklagen	979.138,30	505.776,17
			III. Bilanzgewinn	2.856.432,31	1.377.190,90
			137.747.257,16	135.794.653,62	
II. Sachanlagen			B. Sonderposten für Investitions- zuschüsse	6.019.743,00	6.186.577,00
1. Technische Anlagen und Maschinen	30.798.854,00	30.470.801,00	C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.628.135,00	4.656.399,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.878,00	34.167,00	D. Rückstellungen		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.086.666,68	628.403,54	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	38.876,00	35.319,70
	31.934.398,68	31.133.371,54	2. Sonstige Rückstellungen	133.889,13	38.025,99
III. Finanzanlagen			172.765,13	73.345,69	
Anteile an verbundenen Unternehmen	133.418.531,87	133.418.531,87	E. Verbindlichkeiten		
	165.954.395,55	165.181.996,41	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.189.596,60	3.204.667,22
B. Umlaufvermögen			2. Erhaltene Anzahlungen	7.883,55	6.213,96
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	720.103,29	146.133,42
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.038.796,60	186.549,30	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	103.005,06	1.618.466,14
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	1.488.445,74	5. Sonstige Verbindlichkeiten	16.248.206,30	16.352.750,10
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	0,00	750.500,00	20.268.794,80	21.328.230,84	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	20.884,82	261.224,26	F. Passive Rechnungs- abgrenzungsposten	75.000,00	119.942,04
	1.059.681,42	2.686.719,30			
II. Schecks, Kassenbestand, Bundes- bank- und Postgiro Guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	1.864.193,02	279.891,67			
	2.923.874,44	2.966.610,97			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	33.425,10	10.540,81			
	168.911.695,09	168.159.148,19		168.911.695,09	168.159.148,19

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006	2005
	€	€
1. Umsatzerlöse	4.851.830,77	2.612.707,76
2. Sonstige betriebliche Erträge	298.106,77	180.876,54
	5.149.937,54	2.793.584,30
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	70.329,40	45.931,07
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.813.602,78	1.334.782,95
	2.883.932,18	1.380.714,02
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	371.753,59	356.516,44
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	100.237,19	85.450,78
	471.990,78	441.967,22
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	828.117,38	518.504,32
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	363.825,07	1.878.100,71
	602.072,13	-1.425.701,97
7. Erträge aus Beteiligungen	7.705.383,94	1.427.400,39
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	52.153,35	5.722,70
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	929.176,51	568.010,63
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.430.432,91	-560.589,51
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.276,00	0,00
12. Jahresverlust/Jahresgewinn	7.428.156,91	-560.589,51
13. Ergebnis-Vortrag aus dem Vorjahr	1.377.190,90	2.549.381,40
14. Einstellung in andere Rücklagen	-473.362,13	0,00
15. Vorabausschüttung	-5.475.553,37	-611.600,99
16. Bilanzgewinn	2.856.432,31	1.377.190,90

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresgewinn 7.428.156,91 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Ausschüttung an die Verbandsmitglieder 5.475.553,37 € VBK = 1.800.739,10 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des ZOV die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht zu erstellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft ist im Jahr 2006 weiter gewachsen. Laut Internationalem Währungsfonds (IFW) belief sich das Wachstum auf 5,1 %.

Die deutsche Wirtschaft konnte im Jahr 2006 ebenfalls kräftig wachsen. Nach Wachstumsprognosen, welche zum Jahresbeginn zwischen 1,0 % und 1,8 % lagen, wurden diese Prognosen im Herbst 2006 auf Werte zwischen 2,0 % und 2,4 % heraufgesetzt. Das statistische Bundesamt gab nach ersten Berechnungen am 11. Januar 2007 das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes mit 2,5 % (VJ 0,9 %) an. Unter Berücksichtigung, dass im Jahr 2006 zwei Arbeitstage weniger als im Jahr 2005 zur Verfügung standen, ergibt sich für das Jahr 2006 gar eine Steigerung um 2,7 %.

Am 13. Februar 2007 hat das statistische Bundesamt aufgrund des starken Wachstums im vierten Quartal 2006 die bekannt gegebene vorläufige Wachstumsrate des BIP für das Jahr 2006 auf 2,7 % (kalenderbereinigt 2,9 %) korrigiert.

Die Nettoneuverschuldung des Staatssektors (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) betrug nach noch vorläufigen Berechnungen 2 % des Bruttoinlandsproduktes. Damit konnte erstmals nach dem Jahr 2001 der Referenzwert von 3 % nach dem Maastrichtvertrag unterschritten werden.

Die positiven Wachstumsimpulse kamen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren trug die inländische Verwendung mit einem Zuwachs von 1,7 % einen weitaus größeren Anteil zum BIP-Wachstum bei als der Außenbeitrag mit 0,7 %. Ursächlich hierfür waren die Bruttoanlageinvestitionen, die Investitionen in Ausrüstungen als auch die Bauinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen. Der private Konsum legte nach jahrelanger Stagnation um 0,6 % zu. Der Staat erhöhte seine Konsumausgaben um 1,7 %.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitierte vom konjunkturellen Aufschwung der Wirtschaft. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt als arbeitslos registrierten Personen lag in 2006 bei 4,49 Mio. (VJ 4,86 Mio.). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, lag im Jahresdurchschnitt bei 10,8 % (VJ 11,7 %).

Im Landkreis Gießen, im Vogelsbergkreis und im Wetteraukreis hat sich die konjunkturelle Situation weiter verbessert. Die Industrie bleibt in einer erfreulichen Aufwärtsbewegung. Die Besserung im Baugewerbe hat sich ebenfalls verstetigt. Der Dienstleistungssektor berichtet gleichermaßen von guten Geschäften. Das zufriedenstellende Weihnachtsgeschäft und die durch die zum Jahreswechsel steigende Mehrwertsteuer vorgezogene private Nachfrage sorgten im Einzelhandel für Zufriedenheit. Dies zeigt die regelmäßig der IHK Gießen Friedberg, wobei die drei Landkreise unterschiedliche Ergebnisse ausweisen. So lag der Landkreis Gießen in der Herbstumfrage - fast schon traditionell - deutlich über dem Durchschnitt des IHK-Bezirks. Die schlechtesten Ergebnisse kommen ebenfalls fast schon traditionell aus dem Vogelsbergkreis.

Unternehmensentwicklung

Nach der erfolgreichen Erweiterung des ZOV in den Jahren 2004 und 2005 um operative Aufgaben in den Bereichen Verkehr, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung konnten diese Geschäftsfelder im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden. Der ZOV umfasst nun folgende Sparten:

Verwaltung

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2006 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der OVVG von rund 7,7 Mio. €.

Verkehrsdezernat

Im Rahmen der Aufgabenstellung des ZOV-Verkehrsdezernates wurden 2006 sogenannte gemeinwirtschaftliche Busverkehrsleistungen mit einem Gesamtvolumen von knapp 3 Mio. Nutzwagenkilometern europaweit ausgeschrieben. Die erzielten Einsparungen, die sich jedoch bei der VGO erst im Wirtschaftsjahr 2007 auswirken, sind in einzelnen Linienbündeln beträchtlich.

Frischwasser und Abwasser Gemeinde Hirzenhain

Seit 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Im Bereich der Abwasserbeseitigung erfolgte zum 1. Januar 2007 eine Gebühreanpassung auf 5,00 € je cbm, hingegen blieben die Gebühren für den Bezug von Frischwasser unverändert. Die in der Folge der Baumaßnahmen gestiegenen Abschreibungen und Darlehenszinsen sowie Aufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen aus der Eigenkontrollverordnung (EKVO) für TV- Befahrungen und die folgende Instandsetzung der dabei festgestellten Schäden waren ursächlich für die Anpassung der Gebühren.

Im Jahr 2006 konnte die Baumaßnahme Friedhofstraße abgeschlossen werden. Hier mussten die vorhandenen Mischwasserkanäle durch getrennte Kanäle ersetzt werden, um so das Fremdwasser in der Kläranlage des Abwasserverbandes Oberes Niddertal in Hirzenhain zu reduzieren. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden auch die alten Wasserleitungen und, soweit notwendig, die Hausanschlüsse ausgetauscht sowie ein neuer Druckminderungsschacht gebaut. Die Gemeinde Hirzenhain hat sich im Rahmen der Baumaßnahme entschlossen, die Straße und die Bürgersteige umzugestalten. Für 2007 sind neben verschiedenen kleineren Arbeiten an Hochbehältern und Pumpstationen der Abschluss der Arbeiten an Schneiderweg und Bürgerstraße sowie die Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen in der Höhenstraße vorgesehen.

Stadt Nidda

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda nach langen Verhandlungen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Eingliederung des Bereichs in den laufenden Betrieb des ZOV ist abgeschlossen.

In Abstimmung mit der Stadt Nidda wurde das Investitionsprogramm für 2006 aufgestellt. Bei der Umsetzung einiger Maßnahmen mit Beteiligung der Stadt Nidda kam es zu Verzögerungen, die Ausführung dieser Maßnahmen wurde daher in Abstimmung mit der

Stadt Nidda entsprechend dem städtischen Investitionsplan verschoben. In 2006 wurde neben vorbereitenden Planungen für künftige Baumaßnahmen wesentlich die Verrohrung des Kohdener Bachs sowie in Ober- Widdersheim die Maßnahmen Forsthausstraße, Ziegenbühl und Rohrfeld umgesetzt.

Nachdem die Planungsarbeiten im Jahr 2006 begonnen haben, können in 2007 die Sanierungsarbeiten in der Bürgerstraße in Fauerbach sowie in der Alois- Thums- Straße in Harb, zunächst in Richtung Borsdorf, aufgenommen werden. Beide Maßnahmen betreffen Kreisstraßen, bei denen gleichzeitig die Fahrbahn erneuert wird. Daher wird die zeitliche Durchführung der Bauarbeiten in enger Abstimmung mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Gelnhausen erfolgen.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Als wichtigste Einflussgröße auf das Jahresergebnis erwies sich erneut die Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG).

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. € auf 168,9 Mio. €. Das Anlagevermögen an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 31,1 Mio. € um 0,8 Mio. € auf 31,9 Mio. €. Der Anstieg der Bilanzsumme und des Anlagevermögens ist auf die Investitionstätigkeit, insbesondere im Abwasserbereich, zurückzuführen.

Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OVVG und beträgt unverändert 133,4 Mio. €.

Der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.627 T€ auf 1.060 T€. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die im Vorjahr hier noch ausgewiesene Forderung aus der Kapitalertragsteuer.

Der Bestand an flüssigen Mitteln erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 280 T€ auf 1.864 T€.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten umfasst Gehaltszahlungen für Januar 2007, den auf das Jahr 2007 entfallenden Betrag einer Jahreskarte des RMV sowie Pachtzahlungen für Grundstücke der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Der Posten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 22 T€.

Das Eigenkapital des ZOV erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.952 T€ auf 137.747 T€.

Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.648 T€. Der Zuführung von 83 T€ stand eine zeitanteilige Auflösung von 279 T€ in 2006 gegenüber.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK Sanierungsgeld.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Resturlaubsansprüche (21 T€), Kosten für die Jahresabschlussprüfung (16 T€), Betriebsführungsentgelt (33 T€), Abwasserabgabe (34 T€) sowie anteilige Personalkosten (18 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 15 T€ auf 3.190 T€ vermindert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 574 T€ auf 720 T€ an. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (15.151 T€). Für diese Darlehen wurde die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung		2006	2005
Bilanzsumme	Mio. €	168,91	168,16
Anlagevermögen	Mio. €	165,95	165,18
Umlaufvermögen	Mio. €	2,92	2,97
Eigenkapital	Mio. €	137,75	135,79
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	83,00	82,21
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	81,55	80,75

Ertragslage

Umsatzerlöse		2006	2005
	Menge cbm	Erlöse €	Erlöse €
Wasserversorgung Hirzenhain	120.614	236.799	198.288
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	116.083	655.924	649.638
Abwasserbeseitigung Nidda	800.179	3.616.179	1.623.648
Sonstige Umsatzerlöse		342.929	141.134
Summe		4.851.831	2.612.708

Der Anstieg der Umsatzerlöse im Bereich der Abwasserbeseitigung Nidda ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr nur die Beträge des 2. Halbjahres erfasst waren. Unter den sonstigen Umsatzerlösen sind im Wesentlichen Erstattungen für Arbeiten an Hausanschlüssen (64 T€), für Arbeiten an Kanälen des Abwasserverbandes Hungen (209 T€) sowie Erstattungen für die Durchführung von Abwasseruntersuchungen (45 T€) ausgewiesen.

Die sonstigen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen.

Neben den Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sind unter dem Materialaufwand von 2.884 T€ auch Aufwendungen des Verkehrsdezernats und der allgemeinen Verwaltung des ZOV erfasst.

Wesentlich bestimmt wird diese Position durch die Umlagen der Abwasserverbände Oberhessen und Oberes Niddertal von 1.914 T€.

Der Personalaufwand umfasst das Personal des ZOV-Verkehrsdezernats sowie die von Hirzenhain und Nidda übernommenen Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 472 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und des Verkehrsdezernats. Sie betragen im Wirtschaftsjahr 2006 828 T€.

Unter der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ von 364 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Die „Erträge aus Beteiligungen“ betreffen die Ausschüttung der OVVG an den ZOV in Höhe von 7.705 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die „Zweckgebundenen Rücklagen“ wurden bereits um 473 T€ aufgestockt.

Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis		2006	2005
Allgemeine Verwaltung	T€	-174,4	-164,0
Vermögensverwaltung	T€	+7.736,8	-61,0
Verkehrsdezernat	T€	-489,8	466,0
Trinkwasserversorgung	T€	-58,8	-54,9
Abwasserentsorgung	T€	+414,4	185,3
Jahresgewinn/-verlust ZOV	T€	+7.428,2	560,6

Zusammenfassende Darstellung		2006	2005
Umsatzerlöse	T€	4.851,8	2.612,7
Betriebsergebnis	T€	602,1	-1.425,7
Finanzergebnis	T€	6.828,4	865,1
davon Beteiligungserträge 7.705 T€			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	T€	2,3	0,0
Jahresgewinn/-verlust ZOV	T€	7.428,2	-560,6

Personal

Durch die Einrichtung des Verkehrsdezernats und durch die Übernahme von Aufgaben im Bereich Wasser und Abwasser verfügt der ZOV seit 2004 über eigenes Personal. Am 31. Dezember 2006 waren im Bereich ZOV-Verkehrsdezernat 7 Personen, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein 1 Person und im Bereich Abwasser Nidda 1 Person beschäftigt. Insgesamt betrug der Personalaufwand 472 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nicht ereignet.

Ausblick:

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der Eigenkontrollverordnung (EKVO) werden in Absprache mit der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht. Die Sanierung von Kanälen und Wasserleitungen in den Ortsdurchfahrten von Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) und in der Bürgerstraße in Fauerbach sowie in der Alois-Thums-Straße in Harb (Stadt Nidda) bildet hier einen Schwerpunkt der Arbeiten in den kommenden Jahren. Hierzu ist eine Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung im Zusammenhang mit der Sanierung erforderlich.

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren, entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip, ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Die für das Jahr 2007 vorgesehene weitere Vergabe von sechs Linienbündeln im Wege der Ausschreibung konnte aufgrund geänderter steuer- und verkehrsrechtlicher Entscheidungen nicht durchgeführt werden. Aufgabe ist es nun, unter Berücksichtigung dieser Entscheidungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Verkehrsunternehmen VGO im Rahmen des sog. „Genehmigungswettbewerbes“ Verkehrsleistungen selbst über die Erteilung einer eigenwirtschaftlichen Konzession erhält.

Die Fortschreibung der bestehenden drei Nahverkehrspläne für die einzelnen Kreise und die Umwandlung in einen für das ZOV-Verbandsgebiet einheitlichen Nahverkehrsplan sind in Arbeit und sollen 2008 abgeschlossen werden.

Im Wirtschaftsplan 2007 des ZOV sind für Investitionen aller Sparten insgesamt 2,9 Mio. € veranschlagt.

Risikobericht

Der ZOV ist in seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven, und dem sich ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt.

Bislang hat der ZOV kein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert.

Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Das ZOV-Verkehrsdezernat führt die ihm durch das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. Kosten entstehen hierbei durch erforderliche Personal- und Sachaufwendungen, deren Höhe sich im derzeitigen Volumen nur geringfügig ändern kann.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Weltwirtschaft geht es gut. So der Tenor der Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Für das Jahr 2007 rechnet der IWF mit einem weltweiten Wachstum von 4,9 %.

Im Euro-Raum geht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für 2007/2008 von einer weiteren Belebung der Konjunktur aus. Es sei mit einem Wachstum von 2,25 % zu rechnen, wobei der positive Ausblick jedoch mit einer Reihe von Warnungen verknüpft wird.

Die Spezialisten der Europäischen Zentralbank (EZB) haben ihre Wachstumserwartungen für die Wirtschaft im Euro-Raum bereits im März 2007 leicht heraufgesetzt. Sie rechnen mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 und im Jahr 2008 von 2,5 % und 2,4 %. Nach dem kräftigen Aufschwung im vergangenen Jahr mit 2,8 % würde sich das Wachstum der Euro-Wirtschaft damit leicht abschwächen.

Die Aussichten für die deutsche Konjunktur werden ebenfalls als gut eingeschätzt. So rechnet das Institut für Weltwirtschaft (IfW) trotz der zum Jahresanfang 2007 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung mit einem schnelleren Wachstum als im

Jahr 2006. Die Prognose des IWF für das Jahr 2007 beläuft sich auf 2,8 % und liegt somit über dem Wachstum in 2006.

Neben diesen allgemeinen Einflüssen ist der ZOV in seinen Geschäftsfeldern speziellen Risiken ausgesetzt.

Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten vor dem Hintergrund der bei der Übernahme der Kanalnetze noch nicht vollständig abgeschlossenen Bestandsaufnahme der Kanäle auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

Nach den beiden erfolgreich verlaufenden Projekten Hirzenhain und Nidda in den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen. Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant. Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen sehen wir hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder.

Die Zukunft des ÖPNV-Marktes ist geprägt durch steigende Kosten bei der Erbringung von Verkehrsleistungen sowie stagnierenden bzw. sinkenden finanziellen Zuwendungen von Land und Bund (Ausgleichsleistungen Schülerverkehr, Regionalisierungsmittel). Die bisher erzielten Einsparungen durch Ausschreibung decken nur einen Teil dieser Kostensteigerung bzw. Einnahmenminderung ab. Im Rahmen der Fortschreibung der Nahverkehrsplanung ist diese Entwicklung bei der Angebotsgestaltung der Verkehrsleistungen besonders zu berücksichtigen.

Angesichts der im letzten Jahr geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbands, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV-Konzerns und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz
Reiner Görg

Rudolf Marx
Bernd Woide
Dipl.-Kfm. Ralf Stefan Stöppler

Geschäftsführung: Dr.-Ing. Peter Szepanek

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.01.1967
Gesellschaftsvertrag: 10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
Handelsregister: Fulda, HRB 84
Stammkapital: 7.420.000 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhof
Stadt Steinau	Gemeinde Großenlüder
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
2006
2005
€
A. Anlagevermögen
I. Immat. Vermögensgegenstände

1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

390.281,00
421.642,00
II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken
-
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen
-
3. Verteilungsanlagen
-
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
-
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

569.213,00

241.500,00

1.341.571,00

1.196.235,00

18.906.237,00

18.723.383,00

53.726,00

65.530,00

120.216,00

16.620,00

20.990.963,00
20.243.268,00
Summe Anlagevermögen
21.381.244,00
20.664.910,00
B. Umlaufvermögen
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
-
2. Forderungen gegen Gesellschafter
-
3. Sonstige Vermögensgegenstände

5.186.550,05

4.249.417,31

75.680,22

102.892,02

1.286.193,47

1.046.015,32

6.548.423,74
5.398.324,65
II. Guthaben bei Kreditinstituten

Summe Umlaufvermögen

1.551.344,84

2.735.796,72

8.099.768,58
8.134.121,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten
5.797,00
13.526,00
29.486.609,58
28.812.557,37
PASSIVA
2006
2005
€
A. Eigenkapital
I. Gezeichnetes Kapital

7.420.000,00

7.420.000,00

II. Kapitalrückstände

2.347.906,68

2.347.906,68

III. Gewinnrücklagen

2.489.576,00

2.414.059,00

IV. Bilanzgewinn

1.905.890,51

1.671.063,21

Summe Eigenkapital
14.163.373,19
13.853.028,89
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

6.474.500,00

6.183.565,00

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

97.324,00

100.925,00

2. Steuerrückstellungen

49.232,00

199.482,00

3. Sonstige Rückstellungen

209.036,00

150.035,00

Summe Rückstellungen
355.592,00
450.442,00
D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
-
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
-
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern
-
4. Sonstige Verbindlichkeiten

1.000.000,00

1.000.000,00

48.455,98

56.025,38

4.870.751,33

5.725.419,32

2.574.137,08

1.544.076,78

Summe Verbindlichkeiten
8.493.344,39
8.325.521,48
29.486.809,58
28.812.557,37

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006	2005 €
1. Umsatzerlöse	40.865.905,56	35.036.997,27
2. Sonstige betriebliche Erträge	923.879,85	825.567,13
Gesamtleistung	41.789.785,41	35.862.564,40
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.180.236,42	27.264.334,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.422.444,04	1.488.236,95
Summe Materialaufwand	34.602.680,46	28.752.571,05
Rohergebnis	7.187.104,95	7.109.993,35
4. Personalaufwand:		
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.363,08	6.847,74
Summe Personalaufwand	7.363,08	6.847,74
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.423.879,00	2.346.377,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.627.330,30	2.491.658,67
Betriebsergebnis	2.128.532,57	2.265.109,94
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.716,78	22.367,67
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72.277,50	14.119,15
Finanzergebnis	-61.560,72	8.248,52
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.066.971,85	2.273.358,46
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	556.570,97	870.824,90
11. Sonstige Steuern	56,58	56,44
12. Jahresüberschuss	1.510.344,30	1.402.477,12
13. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	75.517,00	70.123,00
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	471.063,21	338.709,09
15. Bilanzgewinn	1.905.890,51	1.671.063,21

Ausgewählte Kennzahlen

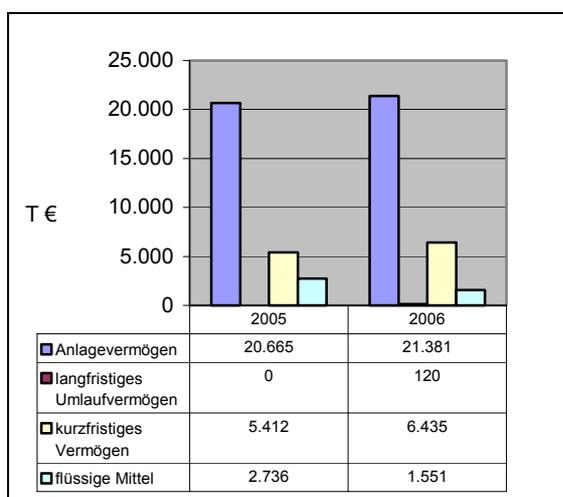
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

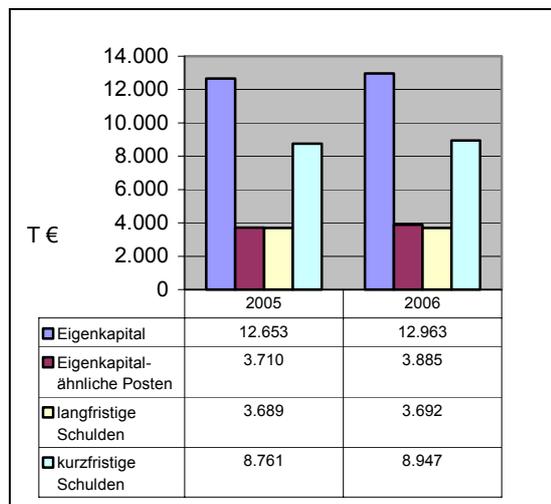
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Dividende 1.200.000 €
Anteil VBK 6,2 % 74.400 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

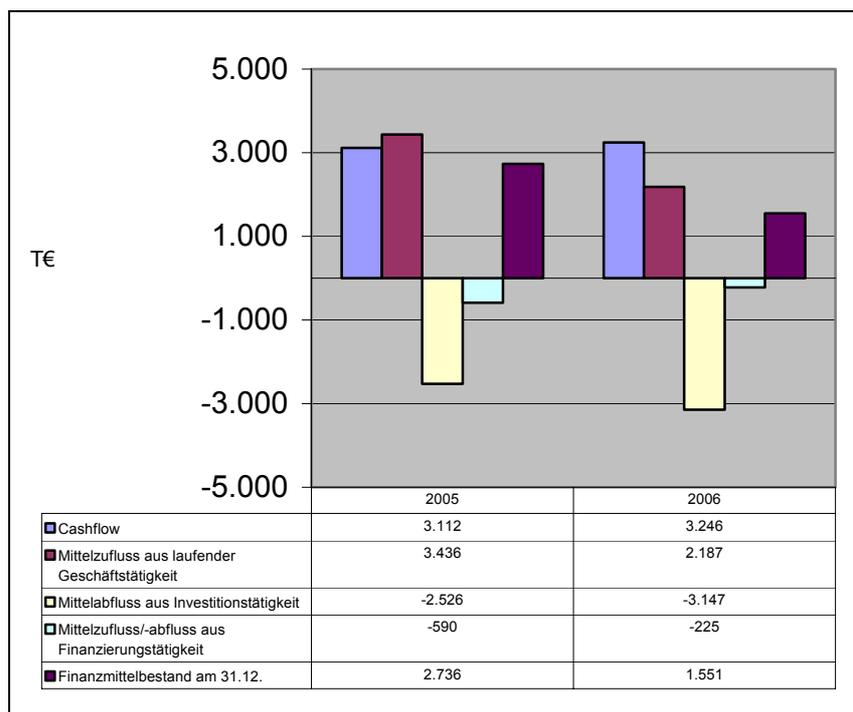
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung:

Das Geschäftsjahr 2006 war wiederum ein erfolgreiches Jahr. Das bereinigte Jahresergebnis sank zwar um 4,8 %, aufgrund der gesetzlichen Neuregelung zur Auflösung von Körperschaftssteuerguthaben stieg das Jahresergebnis aber insgesamt um 7,7 % auf 1,5 Mio. €. Das Rohergebnis konnte durch zusätzliche sonstige betriebliche Erträge um 1,1 % auf 7,2 Mio. € erhöht werden. Gestiegene Kosten bei Abschreibungen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Zinsen führten zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 2,1 Mio. € (- 9,1 %).

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,8 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €).

Wir schlagen vor, aus dem Bilanzgewinn von 1,9 Mio. € eine Dividende von 1,2 Mio. € auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Gasversorgung:

Unser Gashandel erzielte einen Gasabsatz von 1.062,7 Mio. kWh (+ 1,2 %). Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen im Bereich Großkunden (- 1,7 %). Bei den Tarifkunden wurden die temperaturbedingten Rückgänge durch die erfolgreiche Akquisition von über 300 neuen Tarifkunden ausgeglichen. Die internen Lieferungen an die Sparte Wärmeversorgung und Contracting verzeichnete einen Anstieg von 18,7 %.

Die Absatzentwicklung unserer öffentlichen Erdgastankstelle in Alsfeld ist weiterhin sehr positiv. Darüber hinaus wurde in 2006 eine weitere Erdgastankstelle in Lauterbach eröffnet. Insgesamt wurden an den Tankstellen 2,8 Mio. kWh verkauft, das sind 20,8 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft sind preisbedingt um 22,5 % auf 42,1 Mio. € gestiegen. Die Durchschnittserlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 24,1 % auf 3,992 Cent/kWh. Die Preise der Tarifkunden wurden zum 1. Januar 2006 sowie zum Juli 2006 angepasst. Bei den Großkunden erfolgten die Preisänderungen quartalsweise.

Bei der Neuakquisition von Erdgaskunden haben wir trotz der politisch angeheizten öffentlichen Energiepreisdiskussion wiederum Zuwächse auf überdurchschnittlich hohem Niveau erreicht. Unter anderem zeigt die erfolgreiche Neukundengewinnung, dass wir marktgerechte Preise bieten. Die in 2006 erforderlichen Preisanpassungen haben wir wie im Vorjahr mit einer offensiven Informationskampagne begleitet.

Wasserversorgung:

Seit 1. Januar 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Die in 2006 erbrachten Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 20 %.

Wärmeversorgung und Contracting:

Das Geschäftsfeld konnte in 2006 weiter ausgebaut werden. Im Wesentlichen durch Inbetriebnahme einer weiteren Contracting-Anlage bei einem Großkunden stieg der Wärmeabsatz von 2.733 MWh_{therm} auf 3.249 MWh_{therm} (+ 18,9 %). Beim Stromabsatz wurde ein Zuwachs von 23,0 % auf 492 MWh_{therm} erzielt. Die Umsatzerlöse stiegen - bedingt durch Mehrabsatz und Preisentwicklung von 0,4 Mio. € auf 0,5 Mio. €.

Für die Stromerzeugung setzen wir ein BHKW sowie eine Mikrogasturbine ein. Die Mikrogasturbine ist Teil der Energieversorgung in einem Kelterei-Betrieb. Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt, das seit Herbst 2004 im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt wird.

Investitionen

Das Investitionsvolumen ist gegenüber dem Vorjahr um 24,6 % auf 3,1 Mio. € angestiegen. Der größte Teil der Investitionen (2,3 Mio. €) floss in den weiteren Ausbau unserer Gasnetze. Davon entfielen auf Ortsnetze 1,4 Mio. € und auf Hausanschlüsse 0,8 Mio. €. Für den Bereich Contracting investierten wir 0,4 Mio. €. Außerdem investierten wir 0,4 Mio. € in eine neue Erdgastankstelle sowie in die Aufrüstung der vorhandenen Erdgastankstelle.

Die Investitionen konnten mit 77,0 % (Vorjahr 92,9 %) aus Abschreibungen finanziert werden.

Vermögens-, Kapital- und Finanzanlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist von 71,7 % auf 72,5 gestiegen, während sich die Anlagendeckung mit langfristigem Kapital von 97,0 % auf 96,1 % leicht reduzierte. Der Anstieg des kurzfristigen Vermögens auf 21,8 % (Vorjahr 18,8 %) resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Dies führte gleichzeitig zu einem Rückgang der flüssigen Mittel auf 5,3 % (Vorjahr 9,5 %).

Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 57,2 % (Vorjahr 56,8 %). Der Cashflow unseres Unternehmens betrug 3,2 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €). Die Abschreibungen stiegen um 0,1 Mio. € auf 2,4 Mio. €. Unser Finanzmittelbestand am Ende des Berichtsjahres umfasst 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,7 Mio. €).

Risikofrüherkennung

Auch in 2006 wurde das Risikohandbuch aktualisiert und neue Risiken - insbesondere aus den neuen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen - identifiziert. Die definierten Risiken in regelmäßigen Abständen - die je nach Bedeutung der Risikoart festgelegt sind - überprüft. Die in der Riskmap dokumentierten Ergebnisse der Risikobewertung ergeben keine bestandsgefährdenden Risiken.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung. Im Rahmen des weiteren Ausbaus des Risikomanagements liegt unser Augenmerk bei der verbesserten Risikosteuerung im Bereich des Gasbezugs. Hierzu arbeiten wir aktiv am Projekt „Erdgasbeschaffungsrisiken“ innerhalb des Thüga Netzwerkes mit.

Beim Betrieb der Gasversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des Technischen Bereichs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas). Das DVGW-Zertifikat zum „geprüften Technischen Sicherheitsmanagement (TSM)“ wurde uns bereits in 2002 erteilt. Um sicher zu sein, dass wir auch weiterhin die hohen Anforderungen an einen sicheren, zuverlässigen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Betrieb gewährleisten, werden wir uns in 2007 einer erneuten Überprüfung durch den DVGW unterziehen.

Ausblick, Chancen und Risiken:

Durch die außergewöhnlich milde Witterung zu Beginn des Jahres 2007 ging der Erdgasabsatz bis Ende Februar um 20,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Dabei ist der Rückgang im Bereich der Haushaltskunden mit 29,0 % am größten. Beim Wärmeabsatz können die ebenfalls temperaturbedingten Rückgänge durch die im Laufe von 2006 in Betrieb genommenen neuen Anlagen mehr als ausgeglichen werden (+ 10,8 %).

Unsere Gaseinkaufspreise sind vertraglich an die Entwicklungen beim Heizöl gebunden und folgen diesen zeitverzögert. Die seit Herbst 2006 rückläufigen Heizölpreise wirken sich in der ersten Jahreshälfte 2007 auch auf unsere Einkaufspreise aus. Dementsprechend haben wir die Preise für unsere Tarifkunden zum 01. April 2007 um 0,25 Cent/kWh gesenkt. Die Preise unserer Großkunden werden entsprechend der vereinbarten Preisgleitklauseln quartalsmäßig angepasst.

Ergänzend zum neuen Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 13. Juli 2005 sind am 08. November 2006 die "Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung - NDAV)" sowie die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz (Gasgrundversorgungsverordnung - GasGVV)" in Kraft getreten. Die sich hieraus ergebenden Veränderungen sind bzw. werden innerhalb der vorgegebenen Fristen von uns umgesetzt.

Für die Ende Januar 2006 beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung als zuständiger Regulierungsbehörde beantragten Netzentgelte liegt derzeit noch kein abschließender Bescheid vor. Obwohl wir uns bei der Ermittlung unserer Netzkosten und der hierauf beruhenden Netzentgelte exakt nach den Regelungen des neuen Energierechtes gerichtet haben, ist es nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszuschließen, dass die Regulierungsbehörde diese Werte nicht anerkennt. Grund hierfür ist der vielfach formulierte politische Wille, Netzentgelte beträchtlich zu senken. Sollten die genehmigten Netzentgelte für unsere Gesellschaft nicht kostendeckend sein, ergeben sich Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg, die in ihrer Höhe zurzeit noch nicht abschätzbar sind.

Mit dem Markteintritt überregionaler Gasanbieter zeichnet sich auch im Bereich der Haushaltskunden ein stärkerer Gas-zu-Gas-Wettbewerb ab. Wir begegnen den mit der Marktöffnung verbundenen Risiken - insbesondere dem Verlust von Kunden - weiterhin mit günstigen und marktorientierten Verkaufspreisen, mit gutem Service und konsequenter Kundenorientierung. Neben der laufenden Neukunden-Akquisition bieten wir unseren bestehenden Kunden Beratungsleistungen zum effizienten Energieeinsatz an. Um den Gasabsatz weiter steigern zu können, werden insbesondere Gewerbekunden über den ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge informiert. Außerdem unterstützen wir aktiv die Einführung von neuen Technologien. Mit Gasklimageräten auf Basis motorisch betriebener Wärmepumpen bzw. Absorptionswärmepumpen sowie mit Mikrogasturbinen und Mini-BHKWs bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen.

In 2007 werden wir außerdem mit der Neuerschließung der Stadt Gersfeld (Rhön) unser Versorgungsgebiet weiter ausbauen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Gersfeld (Rhön) wurde Anfang dieses Jahres abgeschlossen.

Im Bereich der Wasserversorgung stehen nach wie vor viele Kommunen der Idee einer erweiterten Partnerschaft aufgeschlossen gegenüber. Da das Thema Wasserversorgung jedoch in Bevölkerung und Politik sehr stark emotional geprägt ist, können Veränderungen

nur mittel- bis langfristig realisiert werden. Wir führen unsere Gespräche mit den Kommunen, die die Vorteile einer Partnerschaft erkannt haben, fort.

Im Contracting-Bereich bieten wir im Rahmen der Beratung von Industrie, Gewerbe und Kommunen die Erarbeitung von kundenindividuellen Energielösungen an. Und mit „relax-Wärme“ stellen wir ein „Rundum-Sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden zur Verfügung. Wir werden unsere Akquisitionsbemühungen im Contracting-Bereich unverändert fortsetzen.

Insgesamt gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2007 und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: zav-vb@t-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung: Johannes Averdung - Vorsitzender

Vorstand: Jürgen Adam - Vorsitzender

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Mitglieder: Vogelsbergkreis, 18 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreis (außer Wartenberg)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Jahres-Sollabschluss

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	Insgesamt €
A. EINNAHME			
1. Soll-Einnahmen	13.027.209,11	10.639.334,34	23.666.543,45
2. + Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	13.027.209,11	10.639.334,34	23.666.543,45
4. ./ Abgänge bei den HHeinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
5. ./ Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten aus Vorjahren	219,06	0,00	219,06
6. Summe der bereinigten SOLL-EINNAHMEN	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
B. AUSGABE			
1. Soll-Ausgaben	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
2. + Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
4. ./ Abgänge bei den HHausgaberesten aus Vorjahren	0,00		0,00
5. ./ Abgänge bei den Kassenausgaberesten aus Vorjahren	0,00	0	0,00
6. Summe der bereinigten SOLL-AUSGABEN	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
C. ABSCHLUSS			
1. Bereinigte Soll-Einnahmen	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
2. Bereinigte Soll-Ausgaben	13.026.990,05	10.639.334,34	23.666.324,39
3. Etwaiger Unterschied Soll-Einnahmen ./ Soll-Ausgaben (Fehlbetrag = [-])	0,00	0,00	0,00

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	VG €	VS €	Gesamtbetrag €
IST-Einnahmen	12.966.018,16	10.639.334,34	17.823.889,51	23.145.000,00	64.574.242,01
IST-Ausgaben	13.031.776,69	10.639.334,34	11.210.687,35	24.365.250,00	59.247.048,38
IST-Mehreinnahmen		0,00	6.613.202,16		6.613.202,16
- Mehrausgaben = (-)	-65.758,53			-1.220.250,00	-1.286.008,53
Kasseineinnahmereste	-65.758,53	0,00	0,00	0,00	65.758,53
Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	0,00	0,00	6.613.202,16	-1.220.250,00	5.392.952,16
./ Kasseinausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./ Alte Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./ Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausgleich / Fehlbetrag = (-)	0,00	0,00	6.613.202,16	-1.220.250,00	5.392.952,16

Bezeichnung der Vermögensart	Stand 01.01.2006 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2006 €
VERMÖGEN NACH § 37 Abs. 1 GemHVO				
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
<u>1.1 Beteiligungen</u>				
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
AEGV	47.601,27	0,00	0,00	47.601,27
	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
<u>1.2 Forderungen aus Darlehen</u>				
Forderung aus Darlehen an AEGV	646.937,82	0,00	129.387,56	517.550,26
AEGV	53.062,18	0,00	0,00	53.062,18
	700.000,00	0,00	129.387,56	570.612,44
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
1.1 Beteiligungen	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
1.2 Forderungen aus Darlehen	700.000,00	0,00	129.387,56	570.612,44
	772.601,27	0,00	129.387,56	643.213,71
Übersicht über die Rücklagen	15.278.434,81	921.845,00	9.588.101,78	6.612.178,03
Versorgungsrücklage (freiwillig)	300.118,93	0,00	37.509,93	262.609,00
Versorgungsrücklage (gesetzlich)	1.736,11	82,39	0,00	1.818,50

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Dr. Manfred Vogel

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 26.01.1999

Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999

Handelsregister: Gießen, HRB 5161

Stammkapital: 127.822,97 €

Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter:

Vogelsbergkreis, Lauterbach

VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld

Dekanat Alsfeld

Dekanat Homberg/Ohm

Dekanat Vogelsberg

Dekanat Schotten

Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2006 €	2005 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	478,57	1.347,57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	932.333,00	949.358,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	90.904,21	79.366,45
	1.023.237,21	1.028.724,45
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.073.715,78	1.080.072,02
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	285.046,78	320.878,09
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	25.838,95	6.143,70
	643.596,81	659.732,87
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	134.262,98	165.753,56
	777.859,79	825.486,43
C. Rechnungsabgrenzungsposten	106,58	6.926,32
	1.851.682,15	1.912.484,77

PASSIVA

	2006 €	2005 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	135.085,36
III. Verlustvortrag	63.204,90	63.204,90
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-117.151,81	13.162,51
	95.714,13	212.865,94
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	117.341,14	0,00
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	371.315,53	421.632,33
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	1.147.606,80	1.124.317,60
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.382,00	13.219,93
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	58.112,54	68.206,95
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.763,31	2.763,31
5. Sonstige Verbindlichkeiten	41.416,70	69.478,71
	1.267.281,35	1.277.986,50
	1.851.682,15	1.912.484,77

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006 €	2005 €
1. Umsatzerlöse	636.504,10	806.076,00
2. Betriebskostenzuschüsse	1.493.285,16	1.141.048,62
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.248,86	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	331.634,48	561.685,85
	2.465.672,60	2.508.810,47
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	254.336,94	287.548,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.266,00	14.426,79
	260.602,94	301.975,12
	2.205.069,66	2.206.835,35
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	1.320.531,36	1.093.900,55
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	322.040,67	256.521,93
	1.642.572,03	1.350.422,48
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	56.505,21	53.636,80
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	613.403,15	786.807,46
	2.312.480,39	2.190.866,74
Zwischenergebnis	-107.410,73	15.968,61
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.266,37	1.736,54
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	121.620,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.030,00	0,00
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	121.620,00	0,00
	-4.763,63	1.736,54
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-112.174,36	17.705,15
14. Sonstige Steuern	4.977,45	4.542,64
15. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-117.151,81	13.162,51

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 128 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 117.151,81 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung

Nachdem im Januar 2006 nach intensiven Verhandlungen die Eingliederungsvereinbarung mit dem Vogelsbergkreis über die Umsetzung des SGB II abgeschlossen werden konnte, verlief die erste Jahreshälfte weitgehend nach Plan und zufrieden stellend. Zumindest ein Teil der schon aus dem Vorjahr überfälligen Anpassung des Stammpersonals an die gestiegenen Anforderungen wurde durch erste Aufstockungsmaßnahmen realisiert.

Umso unerwarteter traf dann zur Jahresmitte die plötzliche Nachricht, dass eine Haushaltssperre des Bundes für den Eingliederungstitel des SGB II ausgesprochen sei und aus diesem Grunde die kommunale Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises über die bereits bewilligten Maßnahmen hinaus keine neuen Maßnahmen mehr bewilligen könne.

Die Haushaltssperre und die Stornierung der vorgeplanten Maßnahmen traf damit in eine Zeit, die im politischen Leben nicht zu Unrecht das „Sommerloch“ genannt wird, im betrieblichen Jahreszyklus der NEUEN ARBEIT allerdings zu den produktivsten zählt, weil viele Aufträge im Bau- und Gartenbereich in dieser Zeit abzuarbeiten sind.

Das politische „Sommerloch“ hatte zur Folge, dass die auch in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung am 10.07.2006 überlegten politischen Interventionen des Vogelsbergkreises und anderer erst relativ spät Reaktionen auslösten und noch viel später erst

sogar zu einer Rücknahme der Sperre führten. Die für diese Zeit vorgesehenen Maßnahmen konnten allerdings auch nicht annähernd durch verstärkte Zuweisungen im Spätjahr kompensiert werden. Demzufolge traten bei den Zuschüssen des Vogelsbergkreises statt vorgesehener Steigerungen gegenüber 2005 erhebliche Minderungen ein. Diese wurden nur in den Teilen, die an Teilnehmer zu zahlende Leistungen betreffen, durch die nicht erfolgte Zuweisung von Teilnehmern ausgeglichen und führten durch die damit in Verbindung stehende geringere Regiekostenfinanzierung zu erheblichen finanziellen Ungleichgewichten. Das sich daraus ergebende Defizit wurde verstärkt und deutlich erhöht durch die erhebliche Minderung der Umsatzerlöse infolge deutlich verringerter Arbeitskräfte wegen nicht erfolgter Teilnehmerzuweisung. Trotz Aufbietung aller vorhandenen Kräfte war der im Jahresabschluss ausgewiesene Fehlbetrag nicht zu verhindern.

Auch die mit 224 um 53 (19,2 %) reduzierte Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr macht den erfahrenen Einbruch, ebenso wie das Verhältnis von 1.359 tatsächlich durchgeführten Teilnehmermonaten, zu einem vorgesehenen Plansoll von 2.775 Teilnehmermonaten deutlich.

Dass von 123 im Jahr 2006 ausgeschiedenen Teilnehmern 48 (39 %) und damit 19 mehr als im Vorjahr eine Perspektive in Ausbildung und Arbeit fanden, belegt mehr als deutlich die Steigerung der Qualität der Arbeit.

Aufgrund der geringen personellen Ressourcen kamen auch die eigenen Bauprojekte nur in geringerem Umfang voran. Der Dachausbau des Kantinengebäudes wurde fortgesetzt. Begonnen werden konnte mit ersten Entkernungsarbeiten in dem Jugendbau- und -wohnprojekt Hersfelder Straße. Das eigene Nahwärmenetz wurde komplettiert und die Vorbereitungsarbeiten für den Einbau des Blockheizkraftwerkes vorangetrieben.

Mit Einführung des neuen Elektrogesetzes zum April 2006 war es leider nicht möglich, den Auftrag für die Einsammlung der Waschmaschinen, Herde und Spülmaschinen im Vogelsbergkreis zu erhalten. Durch den Wegfall der Vergütung für die Verwertung der Geräte beschränkten sich die Einnahmen im Elektrorecycling auf die Erlöse aus dem Verkauf reparierter Geräte und von Wertstoffen aus der Zerlegung nicht zu reparierender Geräte.

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit können Stamm-MitarbeiterInnen unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2006 bestätigt. Nach erfolgreicher

Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb wurde die NEUE ARBEIT im September 2006 durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 zertifiziert.

2. Darstellung der Lage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr aufgrund planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Auch Dispositionskredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Wie weit es möglich sein wird, in 2007 die Verluste des Jahres 2006 auszugleichen, ist leider aufgrund der aktuellen Situation der Kommunalen Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises sehr in Frage gestellt. Die für die Eingliederung 2007 zur Verfügung stehenden Mittel sind durch eine Neuverteilung des Bundes ganz erheblich reduziert worden, so dass auch 2007 die beabsichtigten und geplanten Maßnahmen in ihrem Umfang erheblich vermindert werden müssen.

3. Hinweise auf künftige Entwicklungen

Nachdem der Vogelsbergkreis wegen Verminderung der Eingliederungsmittel seinerseits die Voraussetzungen für die in den Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung am 04.12.2006 verabredeten Ziele für 2007 voraussichtlich nicht gewährleisten kann („dass dafür ausreichende Regiemittel an die Neue Arbeit fließen und genügend und geeignete Teilnehmer zugewiesen werden, damit ausreichende Erlöse erwirtschaftet werden können.“), besteht ein erhöhtes Risiko, dass auch das Jahr 2007 wirtschaftlich nicht ausgeglichen abgeschlossen werden kann. Trotz Fortführung der konstanten und konsequenten Liquiditätsüberwachung ist deshalb mit Engpässen in der Liquidität zu rechnen und das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit nicht auszuschließen.

Andererseits besteht auch angesichts der schon eingeleiteten personellen Restrukturierungsmaßnahmen die Chance, doch noch Verbesserungen der Erlössituation zu erreichen. Entscheidend wird sein, dass der Vogelsbergkreis als Gesellschafter und Hauptauftraggeber dafür Sorge trägt, dass eine ausreichende Auslastung der NEUEN ARBEIT durch Maßnahmen und Aufträge gewährleistet ist.

Ausblick:

Voraussichtliche Entwicklung

Eine auch nur einigermaßen sichere Prognose für 2006 ist aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen nicht möglich. Generell muss deshalb an der Zielsetzung festgehalten werden, die eigenen Kräfte zu stärken. Weil dazu allerdings weniger Zeit und Ressourcen und damit Personalkapazität zur Verfügung stehen, muss versucht werden, im Rahmen der Möglichkeiten die Refinanzierungsmöglichkeiten aus eigenen Produkten und Dienstleistungen zu halten und Phantasie und Kreativität zur Entwicklung neuer Angebote aufzuwenden.

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender
stellv. Vorsitzender
Mitglieder des Kreistages

Landrat Rudolf Marx
Dr. Arno Wettlaufer
Friedel Kopp
Rudolf Geißler (bis 20.06.2006)
Winfried Adams (bis 20.06.2006)
Annerose Seipp (bis 20.06.2006)
Jürgen Ackermann (ab 21.06.2006)
Ingeborg Beckmann-Launer (ab 21.06.2006)
Dr. Bernd Stumpf (ab 21.06.2006)
Karl-Erich Weber (i.R.) (bis 20.06.2006)
Christian Kujawa (ab 21.06.2006)
Matthias Gorsler
Herbert Diestelmann
Monika Raag
Horst Wlodarczyk-Götz

Sachkundige Personen

Mitglieder des Betriebsrates

Geschäftsführung: Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 16.08.1999
Gesellschaftsvertrag: 16.08.1999
Handelsregister: Gießen, HRB 5326
Stammkapital: 6.000.000 €
Beteiligungen:
1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH
(KAD GmbH) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
(AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €

Gesellschafter: **Vogelsbergkreis**

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
A. Anlagevermögen
I. Immat. Vermögensgegenstände
II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten auf fremden Grundstücken
2. Technische Anlagen
3. Einrichtungen und Ausstattungen
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Beteiligungen

B. Umlaufvermögen
I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. Unfertige Leistungen
3. Geleistete Anzahlungen

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen
4. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten
C. Rechnungsabgrenzungsposten

	2006 €	2005 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	100.783,00	151.990,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	22.150.420,88	17.012.054,88
2. Technische Anlagen	138.214,00	189.777,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.217.245,93	818.470,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	206.028,48	5.443.360,50
	23.711.909,29	23.463.662,38
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	55.000,00	55.000,00
2. Beteiligungen	5.500,00	5.000,00
	60.500,00	60.000,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	200.723,17	191.860,94
2. Unfertige Leistungen	394.121,91	234.291,27
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04	155.809,04
	750.654,12	581.961,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.738.862,71	2.964.295,79
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	348.844,33	1.549.677,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	156.514,35	134.468,53
4. Sonstige Vermögensgegenstände	478.244,32	384.975,49
	4.722.465,71	5.033.416,81
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.006.560,90	719.055,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	174,28
	30.352.873,02	30.010.259,94

PASSIVA
A. Eigenkapital

1. Gezeichnetes Kapital
2. Gewinnrücklagen
3. Gewinn-/Verlustvortrag
4. Jahresüberschuss/-fehlbetrag

B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens

Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Sonstige Rückstellungen

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
5. Sonstige Verbindlichkeiten

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	2006 €	2005 €
A. Eigenkapital		
1. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000.000,00
2. Gewinnrücklagen	4.381.424,54	4.381.424,54
3. Gewinn-/Verlustvortrag	96.499,95	-141.082,09
4. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-81.795,48	237.582,04
	10.396.129,01	10.477.924,49
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	16.405.993,49	14.133.875,75
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	439.858,27	423.886,73
2. Sonstige Rückstellungen	913.274,88	754.266,39
	1.353.133,15	1.178.153,12
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	505.286,99	148.853,64
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	847.282,84	539.403,75
3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	293.081,62	2.885.899,02
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	95.553,29	25.036,29
5. Sonstige Verbindlichkeiten	455.344,63	620.613,88
	2.196.549,37	4.219.806,58
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.068,00	500,00
	30.352.873,02	30.010.259,94

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006 €	2005 €
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	18.360.299,04	18.766.429,60
2. Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	1.607.321,69	1.466.973,22
3. Erlöse aus Wahlleistungen	75.769,15	68.586,22
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	489.583,07	464.941,61
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	677.420,56	488.965,57
6. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	157.561,68	29.826,96
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	66.919,91	51.859,59
8. Sonstige betriebliche Erträge	776.302,01	879.927,96
	<u>22.211.177,11</u>	<u>22.217.510,73</u>
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	11.505.113,81	11.651.046,46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung € 925.434,65 (Vj. Tsd.€ 962,0)	3.203.523,85	3.239.733,45
	<u>14.708.637,66</u>	<u>14.890.779,91</u>
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.814.861,50	3.444.675,71
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.573.306,71	1.435.861,64
	<u>5.388.168,21</u>	<u>4.880.537,35</u>
Zwischenergebnis	2.114.371,24	2.446.193,47
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen - davon Fördermittel nach dem KHG: € 624.869,11 (Vj. Tsd. € 952,6)	624.869,11	952.581,71
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.103.316,23	1.212.950,19
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	680.753,84	1.047.661,03
	<u>1.047.431,50</u>	<u>1.117.870,87</u>
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.277.467,76	1.389.816,65
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen - davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre € 0,00 (Vj. Tsd. € 2,1)	1.977.794,33	1.916.204,94
	<u>3.255.262,09</u>	<u>3.306.021,59</u>
16. Erträge aus Beteiligungen	2.500,00	3.567,93
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.355,96	13.812,51
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon für Betriebskredite € 10.676,98 (Vj. Tsd. € 2,5)	11.968,32	4.440,09
	<u>15.887,64</u>	<u>12.940,35</u>
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-77.571,71	270.983,10
20. Steuern - davon Steuern vom Ertrag: € 1.454,33 (Vj. Tsd. € 19,0)	4.223,77	33.401,06
21. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-81.795,48	237.582,04

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 428,18 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
 Stammeinlage 6.000.000 €

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 81.800 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: *) Bürgschaft

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:
 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrektkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 € (Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf:

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Verantwortlich hierfür ist die Gesundheitspolitik, der es nicht gelingt, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Ungeachtet dieser Situation stellt sich das Kreiskrankenhaus den Herausforderungen der Zeit.

So wird z. B. der Grundsatz, ambulant vor stationär, in Alsfeld konsequent umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile ein Drittel der operativen Leistungen, wobei in einigen Belegabteilungen die ambulanten Operationen das stationäre Aufkommen bereits übertreffen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften u.v.m. haben das Krankenhaus

über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkanntem Gesundheitsdienstleister positioniert.

Seit dem Geschäftsjahr 2004 ist an die Stelle von Erlösen, die durch tagesgleiche Pflegesätze sowie Fallpauschalen und Sonderentgelte entstehen, eine einheitliche Vergütung der Leistungen eines Krankenhauses in Form so genannter Diagnosis Related Groups (DRG's) getreten. Jedem Behandlungsfall wird eine DRG zugeordnet. Der Fall wird wertmäßig bestimmt und aus der Gesamtzahl der erbrachten Behandlungsfälle errechnet sich die Erlössumme, die dem Krankenhaus zufließt.

Ab 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Weicht der Fallwert eines Krankenhauses davon ab, wird dieser bis zum Jahre 2009 dem Landesfallwert stufenweise angeglichen. Danach gilt in allen Krankenhäusern eines Bundeslandes der gleiche Fallwert (= "Preis").

Auf Initiative von acht innovativen kommunalen Krankenhäusern, darunter auch das Kreiskrankenhaus, ist 2004 die Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH gegründet worden. Mittlerweile haben sich zwölf Gesellschafter mit eher steigender Tendenz zusammengefunden und repräsentieren mehr als 5.000 Planbetten mit 180.000 stationären und fast 400.000 ambulanten Behandlungsfällen. Ziel dieses Zusammenschlusses ist es, auch künftig eine wettbewerbsfähige Marktstellung und eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung unter Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft sicherzustellen.

Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

1. Geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr

Die *"Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH"* (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes *"Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld"* zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung teil.

Mit krankenhauserplanerischem Bescheid vom 24.02.2006 wurden dem Kreiskrankenhaus bis zur Jahresmitte 190 Betten zugewiesen. Mit Schließung der Belegabteilung „Augenheilkunde“ zum 01.07.2006 verringerte sich die Planbettenzahl auf 188. Die urologische Belegabteilung wurde entgegen ersten Ankündigungen im Geschäftsjahr noch nicht geschlossen - dies soll zum 01.05.2007 geschehen, während dann der Versorgungsauftrag „Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde“ für die Bereiche Alsfeld und Lauterbach des Vogelsbergkreises auf das Kreiskrankenhaus Alsfeld übergehen. Nach Abschluss dieser Maßnahmen verfügt das Kreiskrankenhaus dann über 188 Planbetten.

In 2006 wurden insgesamt 7.138 (Vorjahr 6.989) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 84% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 77,71% (Vorjahr 69,46%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,47 Tage (Vorjahr: 7,31 Tage).

Im laufenden Jahr gab es erneut einen deutlichen Fallzahlenanstieg, dadurch stieg auch die Belegung an. Der weitere Rückgang der Fallzahlen in den Belegabteilungen wurde durch einen Fallzahlenanstieg in unseren Hauptabteilungen aufgefangen, dadurch kam es aber zu einem geringfügigen Anstieg in der Verweildauer.

2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2006 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von € 1.488.072,46 vorgenommen. Dabei entfielen € 814.171,64 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs und weitere € 443.056,98 auf die Brandschutzmaßnahme, die in 1998 begonnen und im Geschäftsjahr beendet wurde. Weiterhin wurden für den EDV-Bereich Investitionen in Höhe von € 67.618,01 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 1.490. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 727 zugeflossen. In den Tochtergesellschaften wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt.

3. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Brandschutz) und durch Eigenmittel.

4. Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 13.945 (Vorjahr: T€ 14.089). Hierbei ist einerseits zu bedenken, dass die tarifpolitischen Auswirkungen des Ärztestreiks im Berichtsjahr noch begrenzt waren und weitestgehend erst das kommende Jahr belasten werden und andererseits über einen längeren Zeitpunkt hinweg zwei Oberarztstellen nicht besetzt waren.

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 764 (Vorjahr: T€ 802).

Dem Kreiskrankenhaus ist eine Krankenpflegeschule mit bis zu 80 Ausbildungsplätzen angeschlossen.

Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2006 wurden für Lauterbach 32 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 28 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 60 Ausbildungsplätze besetzt waren. Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 16.696 (Vorjahr T€ 16.601) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 429 (Vorjahr: 465), in der KAD 80 (Vorjahr: 95) und bei AMANDUS 68 (Vorjahr: 59) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 576 (Vorjahr: 619) Arbeitsplätze bietet.

5. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

5.1. Medizinische Struktur

Die im Jahre 2000 infolge Chefarztwechsel durchgeführten strukturellen Veränderungen in der Chirurgie und in der Inneren Medizin haben sich bewährt. Die gewünschte Stabili-

sierung bei der Belegung der Klinik wurde erreicht - das teilweise erweiterte Behandlungsangebot ist von der Bevölkerung akzeptiert worden. In den Hauptabteilungen arbeiten jetzt Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Geriatrie, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

5.2 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) arbeitet erfolgreich. Sie steht zu hundert Prozent im Eigentum der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und erbringt für diese Dienstleistungen. Die Bereiche Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst sowie EDV werden durch die KAD - GmbH bereits abgedeckt. Sukzessive werden weitere Dienstleistungen, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstleistungen vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Durch die hundertprozentige Beherrschung der „Tochter“ durch die „Mutter“ ist eine umsatzsteuerliche Organschaft entstanden. So ist als erste Folge dieser Maßnahme die Einsparung der Mehrwertsteuer zu sehen, die ein fremder Dienstleister, z.B. ein Reinigungsunternehmen, dem Kreiskrankenhaus in Rechnung stellen müsste.

Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil wird in der Anwendung privater Tarifstrukturen gesehen. Dieser wird sich von Jahr zu Jahr infolge der personellen Umschichtungen vergrößern.

5.3 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere 100 %ige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen. AMANDUS hat sich damit vollständig aus der ambulanten Pflege zurück gezogen.

Die Kurzzeitpflege wird gut angenommen, und im laufenden Geschäftsjahr konnte die Tochtergesellschaft zum zweiten Mal seit ihrem Bestehen einen Gewinn erwirtschaften.

Dies ist ein schöner Erfolg und gleichzeitig die Bestätigung für die Richtigkeit der Umstrukturierung.

5.4. Bauliche Maßnahmen

Die brandschutztechnische Sanierung des Krankenhauses wurde 2006 zu Ende gebracht. Aufgrund eines Anschlussantrages für restliche Brandschutzmaßnahmen bewilligte das Land im Vorjahr weitere 340 T€; über rund 650 T€ steht ein Bescheid noch aus. Weitere größere bauliche Maßnahmen fanden im Berichtsjahr nicht statt.

6. Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr negativ. Den gestiegenen Aufwendungen standen zwar auch Erlössteigerungen gegenüber, diese werden aber durch die Ausgleichssystematik kompensiert und verschlechtern somit das Ergebnis.

Das Ergebnis zeigt die schwierige Situation, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet. Ohne geeignete Gegenmaßnahmen wird sich die finanzielle Belastung der Klinik in den kommenden Jahren noch erhöhen. Zunächst muss alles getan werden, um während der Konvergenzphase bis 2009 die Kostenstrukturen dem einheitlichen Basisfallwert anzupassen. Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr ausgeschlossen werden.

7. Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 78% (Vorjahr 78%). Für den Konzern beträgt die Quote 79 % (Vorjahr: 79%). Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2006 mit einem Wert von T€ 22.150 (Vorjahr T€ 17.012) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist angemessen und beläuft sich zum 31.12.2006 auf 10,40 Mio. € (Vorjahr: 10,48 Mio. €) = 34% (Vorjahr: 35%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 10,45 Mio. € (Vorjahr: 10,53 Mio. €) = 36% (Vorjahr: 35%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert. Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

8. Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr stiegen im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2005 die Leistungserlöse um T€ 143 (= 0,64 %). Weiterhin sanken die Sonstigen Erlöse um T€ 173 (= ./.. 8,5 %). Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 95 (= 0,6 %). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um

T€ 408 (= 10,1 %). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren Ausgabensenkungen von T€ 44 (=./.. 2,2 %) zu verzeichnen, insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverschlechterung um rd. T€ 325 zu einem Verlust von T€ 77.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird. Auf der ärztlichen Leitungsebene hat sowohl in den Haupt- als auch in den Belegabteilungen eine Verjüngung eingesetzt. Wenn sich die Fluktuation in normalen Grenzen hält, wird auch in diesem wichtigen personellen Bereich Homogenität vorherrschen.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene Sozialstation, der Zugriff auf eine internistische Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems. Diese Entwicklung ist noch ausbaufähig. Wenn die Räumlichkeiten in der Krankenpflegeschule nach Bezug des Neubaus durch die Dialyseeinrichtung frei werden, sollte die Chance genutzt werden, neben der genannten internistischen Praxis dort weitere Ärzte unterzubringen und ggf. ein Medizinisches Versorgungszentrum zu gründen.

So wächst um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefördert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

2. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf das Jahr 2006 und 2007 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer 2.2 beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig. Auf der Kostenseite droht ein Schub bei den Personalaufwendungen. Ausgelöst durch die Forderung der Ärzteschaft, erreichte VER.DI auch für das übrige Personal Verbesserun-

gen. Die vollen Auswirkungen werden allerdings erst 2007 zu spüren sein. Weitere tarifpolitische Forderungen sind zu erwarten, da zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes aus anderen Branchen bereits Abschlüsse vorliegen, die ihre Auswirkung auf den öffentlichen Dienst nicht verfehlen werden. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, und sei es durch mehr Geld, das in das System einfließt, laufen die Finanzen aus dem Ruder - allerdings trifft dies nicht nur das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schieflage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht zureichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z. B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen.

Auch die durchschnittliche Fallschwere, der so genannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen.

Das sind nur zwei Gründe - die sonstigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen nicht mitgerechnet - die deutlich machen, dass verlässliche Aussagen nicht möglich sind und eine Beurteilung der Situation immer nur aufgrund der gerade herrschenden Verhältnisse erfolgen kann.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Kostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist nach Auffassung des Unterzeichners auch mit dem TvöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in

hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.); allerdings begibt sich der seitherige Krankenträger weitestgehend seiner bestimmenden Rolle auf das Geschehen im übernommenen Krankenhaus.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden sich die staatlichen Institutionen künftig noch weiter aus der Krankenhausplanung zurückziehen bzw. sich auf Rahmenvorgaben beschränken. Das Angebot an Krankenhausleistungen vor Ort wird stärker durch einzelvertragliche Beziehungen zwischen Klinik und Krankenkasse als durch staatliche Planung geregelt werden. Die Krankenkassen werden Versorgungsverträge o.ä. aber nur mit Kliniken abschließen wollen, die Gewähr für kostengünstige Leistungserbringung bei hoher Qualität bieten. Dies wird zu einer weiteren Spezialisierung des Angebotes bei den Krankenhäusern führen. Die einzelne Klinik wird nicht mehr alles machen, was sie eigentlich machen könnte.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser könnten die beteiligten Kliniken - durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit - Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Als Beispiel kann die Behandlung des Brustkrebses bei Frauen angeführt werden. Hier zeichnet sich eine starke Konzentration auf Großkliniken oder Zentren ab, die dann eine hohe Zahl solcher Fälle behandeln würden, während diese Leistungen in der Fläche nicht mehr angeboten werden dürfen. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass dort kaum noch qualifizierte Ärztinnen und Ärzte arbeiten wollen.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards Entscheidungen der Politik usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

1. Strategische und bauliche Zielplanung

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung arbeitet das Kreiskrankenhaus an einer strategischen und baulichen Zielplanung. Es folgt damit einem Auftrag der Landesregierung, die künftig Fördermittel nur dann noch gewährt, wenn das Krankenhaus die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der beantragten Mittel bzw. der damit verbundenen baulichen oder technischen Erweiterung aufgrund der Vorgaben in der Zielplanung nachweist. Noch im Laufe des Jahres 2007 soll die strategische und bauliche Zielplanung bei der Landesbehörde eingereicht werden.

2. Krankenhausplanung

Nachdem zum 01.07.2006 die Belegabteilung „Augenheilkunde“ geschlossen wurde, erfolgte zum 01.05.2007 die Schließung der urologischen Belegabteilung.

Im gleichen Zuge erhielt das Kreiskrankenhaus den Versorgungsauftrag „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ für den Vogelsbergkreis (Bereich Alsfeld und Lauterbach). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden Vertragsverhandlungen mit einer Fachärztin und einem Facharzt geführt mit dem Ziel, die Belegabteilung aufgrund des altersbedingten Ausscheidens des seitherigen Belegarztes spätestens ab 01.01.2008 in einem kollegialen System mit drei Fachärzten zu führen.

Zwischenzeitlich nahm ein Facharzt für Urologie seine Praxistätigkeit auf, der im Kreiskrankenhaus auch ambulante Operationen durchführen wird (Nr. 3).

Umgekehrt erfolgte zum 01.04.2007 die Schließung der HNO - Belegabteilung in Lauterbach, während diese in Alsfeld bestehen bleibt.

3. Neubau eines Dialysezentrums / Umbau der seitherigen Räume

Auch wenn immer wieder betont werden muss, dass die Dialyseeinrichtung von einem selbständigen Träger, der Stiftung Patientenheimversorgung (PHV), geführt wird und das Kreiskrankenhaus keinerlei Besitzverhältnis daran hat, ist dieser Bereich aufgrund der engen und erfolgreichen Zusammenarbeit für das Kreiskrankenhaus von großer Bedeutung. Zwischenzeitlich wurde der Neubau auf dem Areal des Kreiskrankenhauses (auf einem an die PHV veräußerten Grundstücksteil) bezogen und in Betrieb genommen.

Unmittelbar in diesem Zusammenhang erfolgt der Umbau des Untergeschosses der Krankenpflegeschule, in dem die Dialyse vorher untergebracht war. Zunächst entstehen dort Räume für eine internistische Praxis, die das Kreiskrankenhaus am 01.01.2005 übernommen hatte und die bisher ihren Standort in der Stadt hatte. Zeitgleich wird ein niedergelassener Urologe dort einziehen und seine Praxis betreiben (Nr. 2).

Mindestens für eine weitere Arztpraxis besteht noch Platz, was aber eine etwas größere Umbaumaßnahme voraussetzt. Die Entstehung eines Ärztehauses im direkten Umfeld des Kreiskrankenhauses zeichnet sich damit ab.

4. Beteiligung eines neuen Gesellschafters in der KAD

Durch die Beteiligung eines Dienstleistungsunternehmens (Fa. Gies Dienstleistung GmbH, Stadtallendorf) an der Gesellschaft soll die Entwicklung der KAD GmbH wieder stärker am Marktgeschehen ausgerichtet werden und Rationalisierungsreserven erschlossen werden.

5. Personelle Entwicklung

Wie an anderer Stelle bemerkt, konnten im Berichtsjahr über einen längeren Zeitpunkt hinweg zwei Oberarztstellen nicht besetzt werden. Betroffen war die Chirurgie des Krankenhauses. Eine Wiederbesetzung der Stellen erfolgte zeitig im Jahr 2007.

6. Organisation des Rechnungs- und Berichtswesens

Das im Berichtsjahr 2006 etablierte Medizin- und Finanzcontrolling hat sich bewährt. Aktuell steht jetzt an, die interne Budgetierung und eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Beides ist für das Jahr 2007 vorgesehen.

Ausblick:

Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab:

1. Allgemeines

Die Möglichkeit, ein positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften, wird zunehmend schwerer werden. Auf die vorausgegangen Ausführungen wird verwiesen.

Die Einführung des DRG-Systems könnte zu einer Konzentration im Krankenhausbereich führen, wenn Kliniken aufgrund des wirtschaftlichen Drucks ihren Betrieb einstellen müssen. Nicht zuletzt deswegen muss versucht werden, mit anderen Krankenhäusern zu kooperieren ggf. auch zu fusionieren.

In der Gesundheitspolitik wird es zu weiteren Reformschritten kommen, wobei eine engere Verzahnung zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich möglich ist; dies würde den Krankenhäusern Chancen eröffnen.

Eine gewisse Entlastung auf der Kostenseite wird durch die gegründete Tochtergesellschaft KAD erwartet. Bei der Tochtergesellschaft AMANDUS ist abzuwarten, wie sich die Entwicklung in der Kurzzeitpflege vollzieht. Das hängt sehr eng mit der Pflegeversicherung zusammen, die über kurz oder lang auch wieder Änderungen unterworfen sein wird.

2. Krankenhausplanung

Das Land wird sich bei der Krankenhausplanung auf Rahmendaten und die Notfallversorgung beschränken. Der übrige Struktur- und Leistungskatalog wird in den Krankenhauskonferenzen zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen bestimmt, wobei das Land sich das Recht auf Letztentscheidung behalten wird.

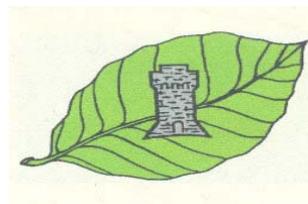
Dadurch wird es zur Konzentration bestimmter Krankenhausleistungen kommen. Innerhalb der Planungsregionen werden die Kliniken ihr medizinisches Angebot untereinander abstimmen und koordinieren müssen. Insbesondere kleine Belegabteilungen sind kurzfristig in ihrem Bestand gefährdet. Allerdings ist das Kreiskrankenhaus beim Land als Notfallstandort ausgewiesen, was bedeutet, dass die Disziplinen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ und „Frauenheilkunde“ mindestens vorgehalten und damit auch anerkannt und erhalten werden müssen.

Auch diese Tendenz spricht für eine enge Verzahnung regionaler Krankenhäuser, weil die Kliniken dann mit einer Stimme sprechen und gestärkt die Verhandlungen mit den Krankenkassen und den umliegenden Krankenhäusern führen können.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gehobtem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die rd. 576 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Am Hohenwiesenweg 1, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@freenet.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst mit Ausnahme der Ortslagen das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schab-Madeisky - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Edda Weber

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Sylke Emmermann - Vorsitzende

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Ulrike Pfeiffer-Pantring

Susanne Schaab-Madeisky

Manfred Dickert

Erwin Horst

Stefan Betz

Klaus Hövel

Monika Schermuly

Walter Pöllmann

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Marion Götz

Heiko Stock

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg.Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Jürgen Klein

Walter Kreß

Eberhard Roeder

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Dr. Johannes Fertig

Geschäftsführer:

Rolf Heuchert-Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1957
Verbandssatzung : Neufassung vom 16.12.2003
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	47.213	615	475
Landkreis Gießen	11,1	12.439		60
Wetteraukreis	10,4	11.614		60
Stadt Schotten	13,3	14.929	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	5.599		60
Stadt Ulrichstein	4,4	4.923		120
Stadt Laubach	4,0	4.447		
Stadt Gedern	3,0	3.374		
Stadt Herbstein	2,1	2.345		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.263		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	715		
Stadt Nidda	0,6	636		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	477		
Gemeinde Birstein	0,9	1.049		
Gesamt	100	112.023	1.230	1.175

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
TGV Schotten		60
TGV Ilbeshausen		15
VHC	615	
Gesamt	615	75

Hauswirtschaftliche Eckdaten:
Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2006

	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt- haushalt €
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	220.366,31	65.499,33	285.865,64
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	220.366,31	65.499,33	285.865,64
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	220.366,31	65.499,33	285.865,64
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	220.366,31	65.499,33	285.865,64
Unterschied			
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
./. bereinigte Sollausgaben	0,00	0,00	0,00
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Kassenmäßiger Abschluss zur Haushaltsrechnung für 2006

Bezeichnung		Gesamt- rechnungssoll €	Ist- beträge €	Kassen- reste €
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt				
VWH	Einnahmen	220.366,31	220.291,31	75,00
	Ausgaben	220.366,31	220.366,31	0,00
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00	-75,00	
VMH	Einnahmen	65.499,00	65.499,33	0,00
	Ausgaben	65.499,00	65.499,33	0,00
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00	0,00	
Gesamt	Einnahmen	285.865,64	285.790,64	75,00
	Ausgaben	285.865,64	285.865,64	0,00
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00	-75,00	
VERWAHR	Einnahmen	152.009,66	152.009,66	0,00
	Ausgaben	135.589,12	135.589,12	0,00
	Ist-Überschuss	16.420,54	16.420,54	
VORSCHUSS	Einnahmen	73.968,79	73.968,79	0,00
	Ausgaben	73.968,79	73.968,79	0,00
	Ist-Überschuss	0,00	0,00	

Ermittlung des buchmäßigen Kassenbestandes für 2006

Bezeichnung	Ist-Einnahmen €	Ist-Ausgaben €	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben €
Verwaltungshaushalt	220.291,31	220.366,31	-75,00
Vermögenshaushalt	65.499,33	65.499,33	0,00
Verwahrgelder	152.009,66	135.589,12	16.420,54
Vorschüsse	73.968,79	73.968,79	0,00
BUCHMÄSSIGER KASSEN- BESTAND	511.769,09	495.423,55	16.345,54

Gegenprobe zur Haushaltsrechnung für 2006

Gegenprobe 1	VWH €	VMH €	Gesamt €
Abschlussverbesserungen			
Mehr Soll-Einnahmen	30.416,98	58.601,57	89.018,55
Weniger Soll-Ausgaben	41.555,34	14.402,39	55.957,73
Abgänge bei KAR a.Vj.	0,00	0,00	0,00
Abgänge bei HAR a.Vj.	0,00	0,00	0,00
neue HER		0,00	0,00
Summe 1	71.972,32	73.003,96	144.976,28
Abschlussverschlechterungen			
Mehr Soll-Ausgaben	65.621,65	32.310,72	97.932,37
Weniger Soll-Einnahmen	6.350,67	40.693,24	47.043,91
Abgänge bei KER a.Vj.	0,00	0,00	0,00
Abgänge bei HER a.Vj.		0,00	0,00
neue HAR	0,00	0,00	0,00
Sollbestand	0,00	0,00	0,00
Haushaltsfehlbedarf	0,00	0,00	0,00
Summe 2	71.972,32	73.003,96	144.976,28
SOLLERGEBNIS (Summe 1 ./ Summe 2)	0,00	0,00	0,00

Gegenprobe 2	VWH €	VMH €	Gesamt €
Sollbestand	0,00	0,00	0,00
Istbestand	-75,00	0,00	-75,00
KER zum Vortrag	75,00	0,00	75,00
HER zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
Summe 1	0,00	0,00	0,00
KAR zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
HAR zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
Summe 2	0,00	0,00	0,00
SOLLERGEBNIS (Summe 1 ./ Summe 2)	0,00	0,00	0,00

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 2,5 Vollzeit (1/2 GF, 2 Arbeiter Pflegetrupps)
60 Std./Monat (Büro)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Der Geschäftsführer des Zweckverbandes Naturpark Hoher Vogelsberg ist Forst-beamter im Dienst von HESSEN-FORST und seit dem 01. Januar 2007 mit 100 % der Arbeitszeit kostenfrei für die Geschäftsführung des Naturparks abgeordnet. Grund für die Aufstockung von einer 0,5 Stelle auf eine 1,0 Stelle war im Wesentlichen die Übernahme der Geschäftsstelle der Länder-Arbeitsgemeinschaft der 10 Naturparke in Hessen.

Die Tätigkeit als Funktionsbeamter für Naturschutz beim Forstamt Schotten entfällt somit. Es bleibt abzuwarten, ob diese Veränderung sich auf die Einnahmen des Naturparks im Bereich der bezahlten Naturschutzarbeit auswirkt.

Der Pflegetrupps des Naturparks wurde in 2006 wie üblich bei der Pflege dieser Naturschutzgebiete eingesetzt. Weil die Kosten für den Einsatz von Personal und Maschinen des Naturparks von der Naturschutzverwaltung erstattet wurden, haben diese Arbeiten eine nicht unerhebliche Refinanzierung unseres Haushaltes erbracht.

Eine große Fläche ökologisch und landwirtschaftlich wertvoller Waldwiesen wird seit einigen Jahren mit sogenannten HELP-Verträgen an Landwirte zur Pflege verpachtet, so dass hier für den Naturpark keine Ausgaben mehr anfallen.

Den zuständigen Mitarbeitern bei der Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz muss an dieser Stelle gedankt werden für die kompetente Beratung und die konstruktive Zusammenarbeit.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Forstämtern

Der Naturpark-Pflegetrupp hat in 2006 schwerpunktmäßig an der qualitativen Verbesserung der Wanderwege in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Um - und Ausbau am Naturschutz - Infozentrum Hoherodskopf
- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Pflege und Instandhaltung der zahlreichen Naturpark-Einrichtungen im Verbandsgebiet
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pflegetrupp des Naturparks werden seit vielen Jahren noch zahlreiche andere Mitarbeiter auf der Basis sog. „Mini-Jobs“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner die im gesamten Verbandsgebiet hauptsächlich für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Niedriglohnverhältnisse brachte leider eine deutliche Zunahme an Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU-Zuschüssen ist bürokratisch deutlich aufwändiger geworden.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er seit nunmehr 30 Jahren wichtige Hilfestellungen.

Die Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle war durch die Zunahme der Büroarbeiten erheblich belastet. Hier wird es im Jahr 2007 zu einer Aufstockung von 60 auf 90 Std./Mon. kommen.

Wanderwege im Naturpark

Um das Wandern und damit den „sanften Tourismus“ im Naturpark Hoher Vogelsberg wieder zu einem vermarktungsfähigen Angebot zu machen, hat der Naturpark in 2005 besondere Anstrengungen unternommen und mit dem Projekt „Vulkanring Vogelsberg“ einen überregionalen Wanderweg mit besonderer Ausstattung und Qualität geschaffen. Diese Entwicklung wurde erfreulicherweise von der Region Vogelsberg Touristik GmbH (RVT) sehr rasch aufgegriffen und mit entsprechenden Angeboten für Gäste verbunden. Die Erfahrungen der Wandersaison 2006 auf dem Vogelsberg Vulkanring haben gezeigt, dass die angestrebte Qualität der neuen Wanderwege im Vogelsberg eine nachhaltige Pflege voraussetzt.

Hier zeichnete sich ein neuer Arbeitsschwerpunkt für den Pfl egetrupp des Naturparks ab.

Naturparkführer / Kultur- und Naturführer Wetterau

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter auszubauen und bewerben diese durch attraktive Faltblätter und Broschüren.

In 2006 kam es im Wetteraukreis zur Ausbildung von weiteren 20 Personen, die in diesem Aufgabenbereich eingesetzt werden sollen. Auch hierbei war die Geschäftsstelle des Naturparks beteiligt.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2006

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf
- Exkursion verschiedener Gruppierungen in die Eifel (Geo- / Vulkan-Tourismus)
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Betreuung einer Diplomarbeit der FH Forstwirtschaft Göttingen
- Umfangreiche Pressearbeit
- Mitarbeit an der Vogelsberggrundreise des Vereines „Pro Vogelsberg“
- Inspektion der Naturschutzgebiete, die durch die Forstreform neu in die Zuständigkeit des Forstamtes Schotten kamen
- Koordinationsarbeiten bei der Herausgabe von Broschüren der Hessischen Naturparke auf Landesebene
- Beschaffung eines neuen Betriebsfahrzeuges und eines neuen Loipenspurgerätes
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Einarbeitung in den neuen Arbeitsbereich der Geschäftsführung der Ländergemeinschaft Hess. NP
- Planung und Antragstellung des Projektes „Natur auf der Spur“ - Naturerlebnispfade

- Organisation zahlreicher wechselnder Ausstellungen im Infozentrum Hoherodskopf
- Planung, Finanzierung und Beschaffung einer Wanderausstellung der NP in Hessen (incl. Flyer)
- Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im bundesweiten „Jahr der Naturparke 2006“
- Organisation der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des NP
- Beteiligung an der Ausbildung der Kultur- und Naturführer Wetterau

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus- und Fortbildung von AltenpflegerInnen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis	Stadt Lauterbach
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis	Vogelsberg Consult GmbH
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.
Stadt Alsfeld	

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Peter Pilger

Thomas Schaumberg

<i>Beratend sind vertreten:</i>	Arbeitsverwaltung
	Staatliches Schulamt
	Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach

<i>Geschäftsführung:</i>	Hauptamt des Vogelsbergkreises
<i>Kassenführung/Buchhaltung:</i>	Kreiskasse des Vogelsbergkreises
<i>Rechnungsprüfung:</i>	Rechnungsprüfungsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	eingetragener Verein
<i>Gründungsdatum:</i>	1984
<i>Satzung:</i>	04.07.1984
<i>Handelsregister:</i>	Lauterbach, Nr. 278
<i>Stammkapital:</i>	0 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2006 €	2005 €
Einnahmen	773.736,54	644.157,63
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	322.915,78	317.614,40
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	450.820,76	326.543,23
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	352.152,50	321.241,85
Differenz	98.668,26	5.301,38
Übertrag Folgejahre	421.584,04	322.915,78

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 3 Vollzeitkräfte
 3 Teilzeitkräfte
 ca. 12 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung.

Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung, Kreiskasse Rechnungsprüfungsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die AltenpflegehelferInnen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass

Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von AltenpflegehelferInnen (1-jährig) und AltenpflegerInnen (3-jährig). Zusätzlich werden Fortbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 350.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2006 noch 70 TeilnehmerInnen in Ausbildung bzw. Umschulung.

Inzwischen sind 1 AltenpflegerIn und 7 AltenpflegehelferInnen aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

9 TeilnehmerInnen haben Anfang Oktober 2006 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet.

Ebenfalls Anfang Oktober 2006 beendeten 19 AltenpflegerInnen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 2 TeilnehmerInnen, die vorher die Ausbildung zur AltenpflegehelferIn absolvierten.

Im Oktober 2006 wurden in den laufenden Kurs 2 AltenpflegehelferInnen aufgenommen, die die Ausbildung zur/m AltenpflegerIn fortsetzen.

Anfang Oktober 2006 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege.

21 TeilnehmerInnen begannen die 3-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegerIn und 18 TeilnehmerInnen starten die 1-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegehelferIn.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Fulder Tor 30, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Gerold Beckmann Vorsitzender (bis 30.06.06)	Werner Braun Vorsitzender (ab 01.07.06)
Landrat Rudolf Marx stellv. Vorsitzender	Heinz Geißel
Manfred Lang (bis 14.09.06)	Hans Rupp (ab 15.09.06)
Karl-Heinz Krug	Volker Orth
Hans-Jürgen Schäfer	Günter Sedlak Vorstands-Vorsitzender (ab 01.07.06)
Dr. Bernd Stumpf	

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Ulrich Schuchardt	E. Fauß (stellv. Vors.)
Michael Riese	Hildegard Maaß	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Markus Gilbert
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denhöfer	
R.-H. Vollmöller	Eberhard Ritzel	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 22.06.2004
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen	VR-Bank HessenLand eG
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG	Volksbank Ulrichstein eG
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
Vogelsbergkreis	Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
Stadt Alsfeld	Gemeinde Antrifttal
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden (Felda)	Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain	Stadt Herbstein
Stadt Homberg (Ohm)	Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach	Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke	Stadt Romrod
Stadt Schlitz	Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmtal	Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg	

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR-Bank eG Alsfeld	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank eG Ulrichstein	2.500,00	1,0
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2006 €	2005 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	841,00	4.587,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.605,00	49.010,00
	34.446,00	53.597,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	179.905,13	215.673,90
2. Sonstige Vermögensgegenstände	42.671,63	31.748,49
	222.576,76	247.422,39
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	358.549,13	247.002,63
	581.125,89	494.425,02
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.864,76	1.489,92
	619.436,65	549.511,94

PASSIVA

	2006 €	2005 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
II. Kapitalrückstände	256.163,41	256.163,41
III. Verlustvortrag	-93.354,25	-74.709,04
IV. Jahresfehlbetrag	58.399,96	-18.645,21
	471.859,12	413.459,16
B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen	2.305,10	2.980,87
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	17.081,00	17.012,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8,90	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.233,55	100.858,88
3. Sonstige Verbindlichkeiten	114.948,98	15.201,03
	128.191,43	116.059,91
	619.436,65	549.511,94

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006	2005
	€	€
1. Umsatzerlöse	601.085,80	463.417,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.961,74	2.304,72
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 675,77 (i.V. € 675,77)		
	603.047,54	465.722,10
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00	172,41
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	110.953,43	148.284,20
	110.953,43	148.456,61
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	437.171,26	366.894,64
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	101.047,69	82.466,73
- davon für Altersversorgung € 3.070,15 (i.V. € 13.439,48)		
	538.218,95	449.361,37
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.010,76	24.071,57
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	210.143,67	198.425,23
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.881,65	3.997,12
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	703,00	549,65
	877.148,16	816.867,31
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-274.100,62	-351.145,21
10. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
11. Außerordentliches Ergebnis	332.500,00	332.500,00
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,21	0,00
13. Sonstige Steuern	0,37	0,00
14. Jahresfehlbetrag	58.399,96	-18.645,21

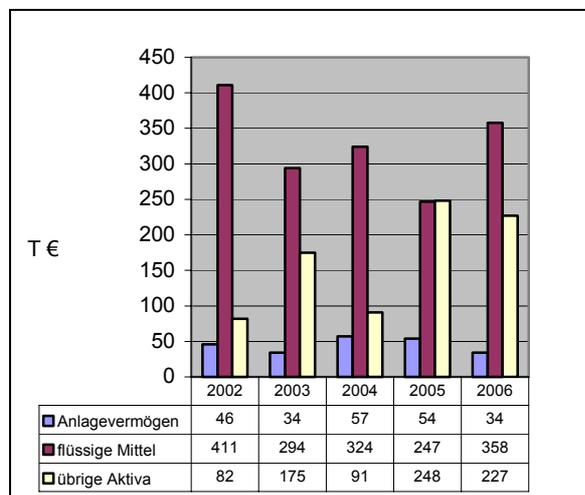
Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 12,6 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

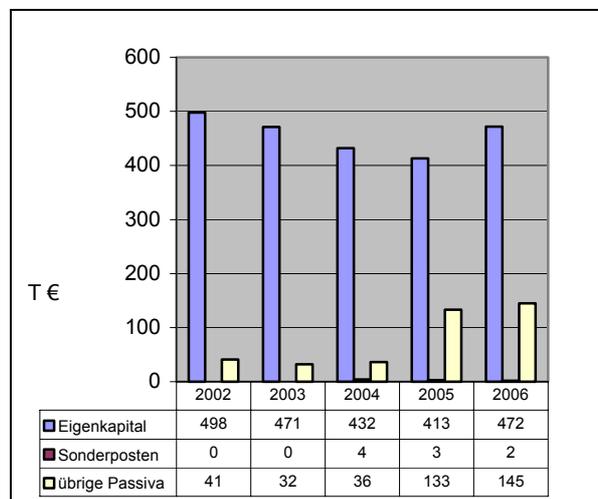
Jahresergebnis und Budget 2006:

	2006 / €	2005 / €
Budget	882.300	820.864
darin enthalten:		
- Leistungen des Vogelsbergkreises	332.500	332.500
- selbst erbrachte Leistungen	608.929	469.719

Vermögensstruktur 2002 - 2006



Kapitalstruktur 2002 - 2006



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004: jährlicher Zuschuss 332.500 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

siehe Tabelle nächste Seite

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

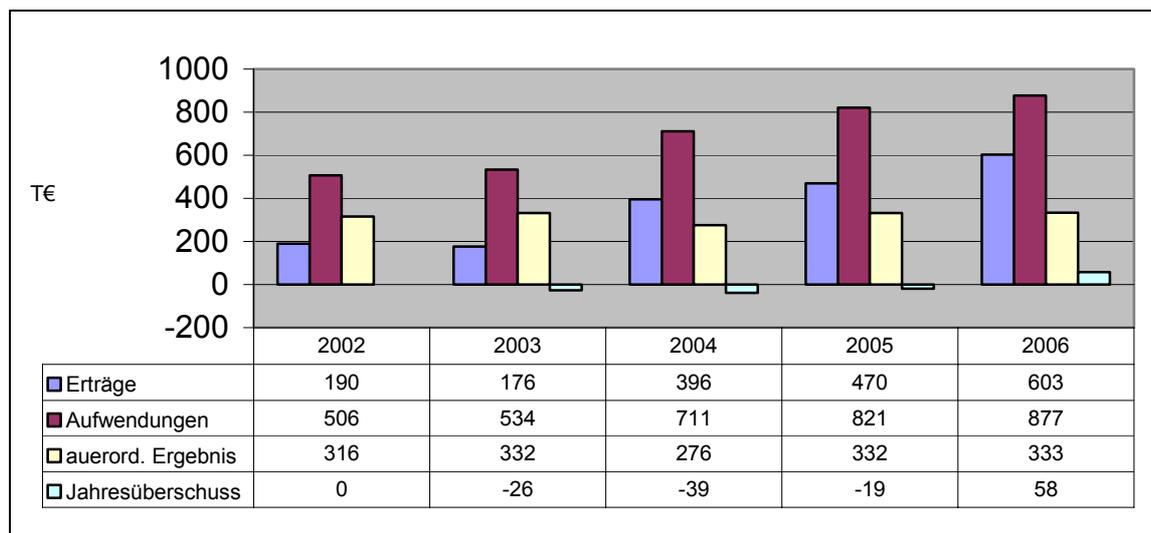
Stammeinlage VBK 33 % =
82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Ertragslage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Geschäftsjahr 2006 - Fazit und Ausblick

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2008 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Ausbildungsmesse, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg (z.B. EQUAL) sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben. Der Vertrag mit dem Vogelsbergkreis wurde im Herbst 2004 um weitere vier Jahre (bis Ende 2008) verlängert. Der Vogelsberg Consult GmbH stehen allerdings im Vergleich zu den Vorjahren eine jährliche um rd. 75.000 € reduzierte Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis zu Verfügung.

Eine Hauptaufgabe im Jahr 2006 war die Koordination der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Tandem“. Das Gesamtvolumen aller Teilprojekte der regionalen Partner beträgt rd. 5 Mio. EUR, der ESF-Anteil beläuft sich auf nahezu 2,2 Mio. EUR. Die Vogelsberg Consult GmbH hat im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft die vom BMAS bzw. der EU vorgegebenen Aufgaben der nationalen und transnationalen Koordination sowie der mittelverwaltenden Stelle übernommen und darüber hinaus das Teilprojekt „Unternehmenscoach“ durchzuführen. Die vorgenannten Aufgaben und das Teilprojekt banden erhebliche Ressourcen, die in diesem Fall in unserem regionalen Aufgabengebiet eingesetzt werden können. Durch EQUAL ist es uns in 2006 gelungen, die Einbußen im Auftragsvolumen des Vogelsbergkreises auszugleichen, ohne unser Dienstleistungsspektrum für die heimischen Betriebe einzuschränken.

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr war abermals eine Zunahme bei den Existenzgründungsberatungen zu verzeichnen. Dies ist vor allem unserem EQUAL-Teilprojekt „Unternehmenscoach“ geschuldet, das Gründungen aus Arbeitslosigkeit und Beschäftigung fördert und betreut. Während die Zahl der Beratungen im Bereich Ausbildung gleich geblieben ist, waren die Bestands- und Technologieberatungen rückläufig.

Qualifizierungsoffensive IV der Durchführungsphase

Die Ziele der Qualifizierungsoffensive sind innovative Weiterbildung für Führungskräfte und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln und durchzuführen sowie die regionale Weiterbildungsquote insgesamt zu erhöhen. Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, der beteiligten Unternehmen und der Vogelsberg Consult GmbH.

Die 2004 ins Netz gestellte Weiterbildungsdatenbank www.weiterbildung-vogelsberg.de hat sich etabliert. Im Jahr 2006 stieg die Zahl der Besuche der Website um 30 % im Vergleich zum Vorjahr auf rund 30.000 an.

In 2006 wurde die Qualifizierungsoffensive IV (2005 - 2008) umgesetzt. Das Angebot beinhaltet Seminare für MitarbeiterInnen aus Unternehmen der Hotellerie und Gastronomie, Weiterbildung für Sekretariat und Assistenz sowie betriebswirtschaftliche Fragestellungen. In Zusammenarbeit mit dem Sekretärinnen-Netz Vogelsberg wurden Seminarthemen erarbeitet und dann im Rahmen der Qualifizierungsoffensive in konkrete Seminartage umgesetzt. Dabei ging es um die Themen Projektmanagement, Wesentlichkeitsmanagement und Konfliktmanagement.

Ausbildungsförderung

In der Laufzeit (4/2004 bis 3/2007) unseres Projektes im Rahmen des STARRegion-Programms (Strukturverbesserung der Ausbildung in ausgewählten Regionen) des BMBF ist es uns gelungen, 98 zusätzliche Ausbildungsplätze zu akquirieren, 34 Unternehmen als erstmalige Ausbilder zu gewinnen und 50 zusätzliche Ausbildungsstellen auch zu

besetzen. Die erfolgreiche Bewerbung um das „Nachfolgeprogramm“ JOBSTARTER erlaubt es uns, die Aktivitäten für zusätzliche Ausbildungsplätze und -verträge bis Mitte 2009 im bisherigen Umfang fortzusetzen.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessene.V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im Ziel II-Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2005 und 2006. Darüber hinaus hat die Vogelsberg Consult GmbH für die elf hessischen Regionalforen die Beantragung, finanzielle Abwicklung und in Teilen die inhaltliche Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe übernommen. Der Start war am 14. März 2006 in Romrod. In 2006 folgten drei weitere Veranstaltungen mit Teilnehmern aus ganz Hessen in den Regionen Kellerwald, Kassel und Knüll. Die hessischen Regionalforen wollen damit aktiv an der Ausgestaltung der Politik für den ländlichen Raum in Hessen mitwirken, gerade auch im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2006 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 7 Vollzeit- (darunter eine Auszubildende), 2 Teilzeit- und 5 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 12,6 Vollzeitstellen. Sechs Arbeitsverhältnisse sind befristet, angepasst an die Laufzeiten der jeweiligen Projekte bzw. die Ausbildungsdauer. Insgesamt hat das Team 65 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend hohes Engagement gewährleisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Beratungsleistungen für die heimischen Unternehmen und tragen letztlich zur Entwicklung der Region bei.

Das Jahresergebnis und das Budget 2006

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen) betrug im Jahr 2006 rd. 882.300 € (Vorjahr: 820.900 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2006 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 608.929 € (in 2005: 469.719 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht - dies ist eine Steigerung um fast 30 %. Im Geschäftsjahr 2006 ist ein Gewinn von 58.437 € ausgewiesen.

Ausblick:

Die Auftragslage für das Jahr 2007 und der ersten Hälfte des Jahres 2008 ist aufgrund der laufenden bzw. neu akquirierten Programme EQUAL, Qualifizierungsoffensive IV bzw. Jobstarter gut. Die aus der Gemeinschaftsinitiative EQUAL im Vogelsberg geförderte Entwicklungspartnerschaft „Tandem“ läuft noch bis November 2007. Folgeprogramme im Bereich der Arbeitsmarktpolitik werden derzeit vom Bund mit der EU-Kommission verhandelt. Inwieweit die Vogelsberg Consult GmbH evtl. wieder im Rahmen einer regionalen Entwicklungspartnerschaft sich erneut bewerben kann, lässt sich erst im Verlauf des Sommers 2007 absehen, wenn die Schwerpunkte des Programms fest stehen.

Die erneut erfolgreiche Bewerbung um das Programm JOBSTARTER erlaubt es uns, bis ins Frühjahr 2009 die Aktivitäten im Bereich der Akquise zusätzlicher Ausbildungsplätze und deren Besetzung fort zu setzen. Umsatzerwartungen sind auch an die von uns entwickelte Software Input+ geknüpft, die in 2006 fertig gestellt wurde und in Banken zum Einsatz kommen wird. Bisher wurden zwei Banken als Kunden gewonnen. Für das Jahr 2007 erwarten wir rd. 100.000 € Umsatzerlöse aus dem Verkauf der Software, für die ein Patent beantragt wurde. Angesichts des großen Interesses der Banken könnte dieses Geschäftsfeld zu dritten Finanzierungssäule der Vogelsberg Consult GmbH werden.

Die noch im Lagebericht 2005 für die Jahre ab 2008 prognostizierte „Durststrecke“ in Bezug auf die Erlöse aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen wird voraussichtlich nicht in dem erwarteten Ausmaß eintreten. Das in diesem Zusammenhang erwähnte zusätzliche Einsparpotential durch die Zusammenlegung der beiden Betriebsstätten könnte - die Zustimmung der Gesellschafter vorausgesetzt - in 2008 realisiert werden. Die Bündelung der Ressourcen der Vogelsberg Consult GmbH an einem Standort ist aus der Sicht der Geschäftsführung der notwendige nächste Schritt, um den künftigen Herausforderungen begegnen zu können.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 26,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Rolf Gnadt (bis 03.10.2006)
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Kreisbeigeordneter Bardo Bayer (ab 04.10.2006)
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Manfred Dickert
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Elfriede Pfannkuche - stell. Vorsitzende
IHK Gießen-Friedberg	Bgm. Claus Spandau
HoGa Vogelsbergkreis	Markus Gilbert
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	Ulrich Roth
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Hubert Straub
	Armin Klein

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	129.750 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Vogelsbergkreis - Vorsitzender	Stadt Laubach
Wetteraukreis - stellv. Vorsitzender	Stadt Gedern
Gemeinde Antrifttal	Gemeinde Hirzenhain
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Echzell
Gemeinde Freiensteinau	Stadt Birstein
Gemeinde Gemünden (Felda)	IHK Gießen-Friedberg
Gemeinde Grebenhain	HOGA Vogelsberg
Stadt Herbstein	Pro Vogelsberg Touristik e.V.
Stadt Homberg/Ohm	Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH
Stadt Kirtorf	Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH
Kreisstadt Lauterbach	Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH im Main-Kinzig-Kreis
Gemeinde Lautertal	Tourist Center Alsfeld GmbH
Stadt Romrod	Gemeinde Glauburg
Stadt Ulrichstein	Stadt Nidda
Stadt Schlitz	Stadt Ranstadt
Stadt Schotten	Urlaubsring Vogelsberg, Wetterau + Spessart e.V.
Gemeinde Schwalmtal	Stadt Hungen
Gemeinde Wartenberg	Stadt Grünberg

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	34.000,00	26,20
Wetteraukreis	21.250,00	16,38
Gemeinde Antrifttal	250,00	0,19
Gemeinde Feldatal	500,00	0,39
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00	0,77
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00	0,19
Gemeinde Grebenhain	5.500,00	4,24
Stadt Herbstein	4.000,00	3,08
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00	1,54
Stadt Kirtorf	250,00	0,19
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00	3,08
Gemeinde Lautertal	250,00	0,19
Stadt Romrod	250,00	0,19
Stadt Ulrichstein	3.250,00	2,50
Stadt Schlitz	1.500,00	1,16
Stadt Schotten	3.000,00	2,31
Gemeinde Schwalmtal	250,00	0,19
Gemeinde Wartenberg	250,00	0,19
Stadt Laubach	4.500,00	3,47
Stadt Gedern	2.750,00	2,12
Gemeinde Hirzenhain	250,00	0,19
Gemeinde Echzell	250,00	0,19
Stadt Birstein	500,00	0,39
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00	1,93
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00	1,93
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00	1,16
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Vogelsberger VG)	1.500,00	1,16
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Wetterauer VG)	1.500,00	1,16
Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH im Main-Kinzig-Kreis	5.000,00	3,85
Tourist Center Alsfeld GmbH	5.000,00	3,85
Gemeinde Glauburg	250,00	0,19
Stadt Nidda	12.750,00	9,83
Stadt Ranstadt	250,00	0,19
Urlaubsring Vogelsberg, Wetterau und Spessart e.V.	1.500,00	1,16
Stadt Hungen	1.000,00	0,77
Stadt Grünberg	4.500,00	3,47
	<u>129.750,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2006 €	2005 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	314,00	385,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.726,00	32.799,00
	24.040,00	33.184,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	4.358,35	4.198,90
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.470,08	8.451,90
2. Sonstige Vermögensgegenstände	6.934,32	6.685,45
	13.404,40	15.137,35
III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	136.515,42	97.816,99
	154.278,17	117.153,24
C. Rechnungsabgrenzungsposten	478,22	1.883,13
	178.796,39	152.220,37

PASSIVA

	2006 €	2005 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	129.750,00	129.750,00
II. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	-7.210,24	10.316,89
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	32.273,45	-17.527,13
	154.813,21	122.539,76
B. Sonderposten für Investitions- zuschüsse zum Anlagevermögen	4.043,60	5.608,70
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	13.399,22	9.567,04
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	640,00	2.037,13
2. Sonstige Verbindlichkeiten	5.650,36	12.467,74
	6.290,36	14.504,87
E. Rechnungsabgrenzungsposten	250,00	0,00
	178.796,39	152.220,37

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006 €	2005 €
1. Umsatzerlöse	70.985,89	85.851,71
2. Sonstige betriebliche Erträge	12.059,66	6.554,07
- davon aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 1.565,10 (i.V. € 391,30)		
	83.045,55	92.405,78
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	4.586,23	2.981,67
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.053,98	0,00
	43.640,21	2.981,67
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	88.911,03	85.561,75
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	23.012,71	21.822,85
- davon für Altersversorgung € 2.110,00 (i.V. € 2.880,00)		
	111.923,74	107.384,60
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.549,10	12.169,46
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	120.134,73	211.768,16
	285.247,78	334.303,89
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.926,09	2.074,98
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,72	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-198.287,86	-239.823,13
10. Außerordentliche Erträge	230.927,25	222.663,00
11. Außerordentliches Ergebnis	230.927,25	222.663,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,06	0,00
13. Sonstige Steuern	367,00	367,00
	365,94	367,00
14. Jahresfehlbetrag	32.273,45	-17.527,13

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002: Zuschuss 75.652,00 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Stammeinlage 26,2 % =
 Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die 34.000 € (2001)
 Haushaltswirtschaft*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
 Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Um den Auftrag, die „Förderung des Tourismus der Region“ zu erfüllen, sind übergreifende, strategische Aufgaben ebenso wichtig, wie die direkte Betreuung der Kunden und das Generieren eigener Umsätze und Margen. Ziel ist betriebswirtschaftlicher Erfolg für die GmbH aber auch für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen. Im Falle eines Zielkonfliktes ist abzuwägen, ob eigene wirtschaftliche Ziele oder die Umwegrentabilität für andere Unternehmen Priorität haben. Die Tätigkeiten im Unternehmen orientieren sich am Nutzen für den Kunden und dem Oberziel eines nachhaltigen Tourismus.

Insofern ist ein Jahresüberschuss nicht Ziel des Unternehmens, sondern die wirtschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen um eine möglichst hohe Wirkung zu erzielen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2006 mit einem Jahresüberschuss von 32.273,45 € (Vorjahr: -17.527,13 €) ab. Der für Kommunikationsmittel in 2006 kalkulierte

betrag fiel vor allem deshalb geringer aus, da das Radmagazin erst 2007 abgerechnet wurde. Auch die Programmierung einer neuen Internetseite für den Vulkanradweg wurde zum großen Teil erst 2007 abgerechnet. Personalkosten fielen geringer aus, da eine Mitarbeiterin für längere Zeit aus Krankheitsgründen ausfiel. Grundsätzlich rechnet die Gesellschaft mit einer Übertragung des Überschusses auf neue Rechnungen in 2007, da die beauftragten Leistungen in 2007 kassenwirksam wurden und im Erfolgsplan 2007 nicht kalkuliert sind.

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 70.985,89 € netto (Vorjahr: 85.852 €). Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 5.224,53 € (Vorjahr: 3.648 €) Erlöse aus Prospektservice und Anschließerbeiträgen für Messen, 13.326,09 € (Vorjahr: 45.471 €) Erlöse aus Anzeigen und Einträgen in Broschüren, 32.596,17 € (Vorjahr 15.394 €) Zuschüsse der Zweckverbände Vulkanradweg, der AG-Mitglieder Vulkanradweg und des Sponsors Hassia, 13.666,38 € (Vorjahr: 16.053 €) freiwillige Portokostenzuschüsse der Kunden und Umsätze der Warenabgabe, 6.172,72 € (Vorjahr: 5.285 €) sonstige Erlöse für Dienstleistungen wie Klassifizierungen und Eigenveranstaltungen wie die Führungen auf dem Vulkanring oder zwei Info-Reisen für Anbieter am Vulkanradweg. Die Erlöse aus Anzeigen und Einträgen in Broschüren fallen im Berichtsjahr so niedrig aus, da kein Hauptkatalog wirtschaftlich abgewickelt wurde.

Die außerordentlichen Erträge beliefen sich auf 234.853,34 € (Vorjahr: 224.738). Der Betrag setzt sich zusammen aus Mitteln aus den Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen und Kreisen und 3.926,09 € (Vorjahr: 2.075 €) für Zinsen und ähnliche Erträge.

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden die Kosten des Geschäftsbetriebes gedeckt sowie ein Beitrag an den Hessischen Tourismusverband in Höhe von 3.102,78 € geleistet. Die aktive Vermarktung der Themenkataloge schlug sich in den Kosten für die Warenabgabe nieder (Portokosten, Frachten, Vertriebskosten). Sie betragen im Berichtsjahr 8.612,06 €. Schriftlich wurden 3.818 (Vorjahr 5.341) Prospektanfragen beantwortet. Dem geringeren Prospektversand (weniger Katalogwerbung) stehen mehr beantwortete Anfragen per E-mail gegenüber und eine größere Katalogabgabe bei (mehr) Messen und Präsentationen. Im Berichtsjahr war die Region mit einem eigenen Stand alleine 11 mal auf zwei- oder mehrtägigen Veranstaltungen und Messen vertreten und 7 mal auf eintägigen Veranstaltungen, meist Radreisemärkte, die vom ADFC in verschiedenen Städten veranstaltet werden. An weiteren 17 Messen wurden die Themenkataloge an Themenständen zum Wandern und Radfahren ausgelegt (Prospektservice durch Dienstleister).

Zusammen mit der RheinMainPresse wurde zum zweiten Mal eine in der Presse umfangreich angekündigte Promotion Aktion in Mainz und Wiesbaden durchgeführt, die sehr erfolgreich verlief und das Interesse an der Destination Vogelsberg im Rhein-Main-Gebiet eindrucksvoll dokumentierte. Durch die aktive Pressearbeit wurde erreicht, dass über eine DPA-Meldung deutschlandweit halb- bis ganzseitige Artikel über den Vulkanring Vogelsberg in den Reisetiteln von Tageszeitungen erschienen. Diese und andere Aktivitäten führten dazu, dass der 2005 eröffnete Vulkanring Vogelsberg im Herbst 2006 gut begangen wurde

und der Wandertourismus wieder einen höheren Stellenwert bei den touristischen Betrieben und den Kommunen einnimmt. So folgten sechs Kommunen unserem Vorschlag, einen neuen Rundwanderweg im Tagesformat mit zertifizierter Erlebnisqualität zu installieren. Für die Webseite des Vulkanradweges, das Zugpferd für die Region im Bereich Radtourismus, wurde ein Konzept für einen neuen Webauftritt erarbeitet und umgesetzt, das eine umfangreiche Datenbank für die touristischen Betriebe enthält. Die Daten der Betriebe wurden im Frühjahr 2007 abgefragt und eingepflegt, so dass die Webseite Ende März 2007 online gehen könnte. Es ist vorgesehen, auch die Webseite der Region www.vogelsberg-touristik.de auf dieser Basis neu zu organisieren.

Insgesamt wurde mit allen Aktivitäten eine höhere Wahrnehmung der Freizeitregion im regionalen Bereich und hessenweit und auch auf dem Quellmarkt Nordrhein-Westfalen erreicht. Investiert wird vor allem in die Themen Radfahren und Wandern, um am aktuellen Trend nach Aktivurlaub in Deutschland zu partizipieren. In diesem Bereich werden in der Region Vogelsberg steigende Übernachtungszahlen registriert. Auch die Marketingaktivitäten unserer Organisation haben diesen Focus, um denen, die investieren, auch zeitnah Ergebnisse zu verschaffen. Der Vulkanismus wird als Alleinstellungsmerkmal wahrgenommen und immer mehr in Produkte und Infrastrukturelemente aufgenommen. Betriebe investieren wieder und ein Generationswechsel beginnt. Insgesamt mangelt es in der Region jedoch an innovativen Dienstleistungen und buchbaren Pauschalangeboten und Produkten.

Kennzahlen der Vermögenslage:

	<u>T€ / %</u>	<u>Vorjahr</u>
Eigenkapital	154,9	122,5
Anlagevermögen	24,0	33,2
Umlaufvermögen	154,3	117,2
Bilanzsumme	178,8	152,2
Umsatzerlöse	71,0	85,9
Außerordentliche Erträge	234,9	224,7
Eigenkapitalquote	88,8 %	84,2 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32,3	- 17,5
Finanzergebnis	3,9	2,1
Personalintensität	157,67 %	125,1 %
Abnutzungsgrad	62,2 %	47,7 %
Liquidität 1. Grades	684,6 %	406,4 %

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2006 lagen bei 136,5 T€ (Vorjahr: 97,8 T€). Es bestanden am Stichtag 6,5 T€ Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Liquiditätslage im Geschäftsjahr kann als gut bezeichnet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

Auf einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 18.10.2006 wurden die nötigen Beschlüsse gefasst und die Zeichnung von 1.000,00 € Stammkapital durch die Stadt Ortenberg beurkundet. Auch den Dienstleistungsvertrag hat die Stadt Ortenberg unter-

zeichnet. Das Stammkapital wurde im Januar 2007 einbezahlt. Eine Beurkundung verzögert sich weiterhin, da das Handelsregister gerügt hat, dass die erteilten Vollmachten für Herrn Landrat Marx keine Untervollmachten für den erschienenen Kreisbeigeordneten Gerhard Ruhl erhielten., der den erkrankten Landrat vertrat. Alle Gesellschafter sind zwecks nachträglicher Genehmigung angeschrieben worden. Der Verein Bauernhof und Landurlaub im Vogelsberg, Spessart und Wetterau hat sich zum Ende des Jahres aufgelöst. Der Übertragung der Gesellschaftsanteile an den Verein Bauernhof und Landurlaub in Hessen stimmte die Gesellschafterversammlung am 07.11.2006 zu. Eine Übertragung wurde von den Vereinen aber bis jetzt nicht vollzogen.

Am 29.03.2007 wurde die Sektion „Vulkan Vogelsberg“ innerhalb der Deutschen Vulkanologischen Gesellschaft gegründet mit dem Ziel, den Vulkanismus des Vogelsberges stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu setzen und touristisch zu nutzen. Die Geschäftsführerin der Region Vogelsberg Touristik GmbH ist Kraft Amtes im Leitungsgremium der Sektion.

Ausblick:

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft:

Die Entwicklung der Gesellschaft steht vor dem Hintergrund einer generellen Bereitschaft der Gesellschafter, Mittel für ein Kompetenz- und Dienstleistungszentrum zu bündeln und ein zentrales Marketing für die Region zu finanzieren. Durch die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern, dem Vogelsberg- und Wetteraukreis ist die Gesellschaft für weitere zwei Jahre gesichert. Weitere Kommunen bezeugen Interesse, der Gesellschaft beizutreten. Alsfeld schließt sich dagegen stärker Nordhessen an und vermarktet sich nunmehr zusätzlich über das „Rotkäppchenland“. Vor dem Hintergrund einer neu geschaffenen und geplanten touristischen Infrastruktur nimmt die Bedeutung der regionalen Vermarktungsorganisation zu. Insbesondere das Geothema „Vulkan“ kann nur über die Marke Vogelsberg transportiert werden und somit nutzbringend für alle Gesellschafter vermarktet werden. Die Professionalität, Schlagkraft und Fähigkeit auf dem Markt zu reagieren, wird zum bestimmten Faktor. Entscheidend wird sein, dass Strukturen aufgebaut werden können, die den wachsenden Erfordernissen Rechnung tragen.

Ein Risiko stellen immer noch die knappen Ressourcen und damit einhergehend die dünne Personaldecke dar, die es kaum erlaubt, Mitarbeiter zu qualifizieren oder qualifiziertes Personal einzustellen. Im Schnitt waren im Berichtsjahr 3 Stellen besetzt incl. einer Auszubildenden, die in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten im neuen Berufsbild Kauffrau für Tourismus und Freizeit ausgebildet wird.

Eine sich stabilisierende Konjunktur kommt auch unserer Region zugute, zusätzlich der Trend zu Kurzurlaub und Aktivtourismus in Deutschland. Im Inlandstourismus waren, nicht zuletzt wegen der WM, die großen Städte die Gewinner. Ländliche Regionen konnten bei den Übernachtungszahlen kaum zulegen. Die Region Vogelsberg ohne die Stadt Nidda mit Bad Salzhausen konnte gegenüber dem Jahr 2004 einen leichten Zuwachs um 3 % bei den Übernachtungen verzeichnen. Nidda mit Bad Salzhausen verlor dagegen immer noch Gäste

und gut 27.000 Übernachtungen gegenüber 2004. Die durchschnittliche Verweildauer liegt in der Region bei 2,8 Tagen, bereinigt um die Klinikstandorte Grebenhain und Nidda mit Bad Salzhausen bei 2,15 Tagen. Das geplante Keltenmuseum am Glauberg und Projekte zum Geotourismus werden die Entwicklung von der reinen Naherholungsregion hin zu einer Urlaubsregion fördern und der Akzeptanz der Gesellschaft bei den Kommunen erhöhen.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

Erbringung von geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen.

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis als Gewährträger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und ab 01.01.2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Günter Sedlak

Gerold Beckmann - stellv. Vorsitzender (bis 30.06.2006)

Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender (ab 01.07.2006)

Thomas Falk - Mitglied (ab 01.07.2006)

Verwaltungsrat (31.01. bis 27.09.2006):

Rolf Gnadt - Vorsitzender	Dr. Paul Kuhlmann
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Norbert Luckau
Jürgen Adam	Helmut Maier
Ingeborg Beckmann-Launer	Michael Möller
Ute Berg-Steuernagel	Annedore Musch
Willibald Beyer	Elfriede Pfannkuche
Günter Biwer	Hiltrud Pracht
Herbert Diestelmann	Walter Schmidt
Wolfgang Dorfinger	Ralf Stamm
Bettina Giller	Ulrike Steller-Zinn
Prof. Dr. Markus Göldenboth	Bernd Stiebeling
Gudrun Hamacher	Rainer-Hans Vollmöller
Georg Helfrich	Gerd Wagner
Bernd Höhl	Prof. Dr. Hans-Otto Wahl
Friedel Kopp	Bernfried Wieland

Verwaltungsrat (28.09.2006 bis 31.12.2006):

Rolf Gnadt - Vorsitzender	Annedore Musch
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Elfriede Pfannkuche
Manfred Cleve	Bernd Stiebeling
Bettina Giller	Fritz Hartmut Ulrich
Georg Helfrich	Rainer-Hans Vollmöller
Otfried Käufer	Gerd Wagner
Friedel Kopp	Bernfried Wieland
Heike Müll	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetteraukreis und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.01.2006
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	900.000,00 €
<i>Beteiligungen:</i>	siehe Lagebericht

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005 1)
	€	TEUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	23.855.179,89	14.173	19.197
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	37.707.777,61	40.461	55.451
	61.562.957,50	54.634	74.648
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0	0
b) Wechsel	0,00	156	799
	0,00	156	799
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	52.847.736,36	2.758	50.882
b) andere Forderungen	58.120.238,14	3.764	166.950
	110.967.974,50	6.522	217.832
4. Forderungen an Kunden	2.845.963.838,33	2.250.354	2.831.514
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.329.539.301,31	1.007.271	1.102.913
Kommunalkredite	392.902.977,71	266.093	351.612
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0	0
ab) von anderen Emittenten	0,00	0	0
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	0,00	0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	65.295.759,09	80.728	80.728
bb) von anderen Emittenten	1.274.858.878,08	705.955	987.406
	1.340.154.637,17	786.683	1.068.134
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	1.178.936.991,99	669.808	936.235
c) eigene Schuldverschreibungen	1.308.714,48	278	740
Nennbetrag	1.312.000,00	270	708
	1.341.463.351,65	786.961	1.068.874
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	186.599.271,45	194.729	262.906
7. Beteiligungen	247.666,00	456	456
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25	25
9. Treuhandvermögen	1.315.671,41	2.153	2.335
darunter: Treuhandkredite	777.803,10	1.612	1.795
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	457.424,00	322	342
12. Sachanlagen	82.731.637,36	60.530	81.755
13. Sonstige Vermögensgegenstände	6.843.945,61	9.993	10.836
14. Rechnungsabgrenzungsposten	1.871.233,31	1.184	2.338
Summe der Aktiva	4.673.730.185,32	3.392.889	4.588.340

1) angepasste Vorjahreszahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreszahlen der aufgenommenen Sparkasse

PASSIVA	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005 1)
	€	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	4.535.912,13	10.236	10.263
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.314.332.095,88	968.738	1.197.035
	1.318.868.008,01	978.974	1.207.298
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.177.516.567,02	929.564	1.072.050
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Monaten	123.885.178,84	54.609	198.188
	1.301.401.745,86	984.173	1.270.238
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	1.001.680.191,04	675.788	1.049.408
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	576.412.519,78	360.421	574.456
	1.578.092.710,82	1.036.209	1.623.864
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen	118.304.351,06	100.046	102.455
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0	0
	118.304.351,06	100.046	102.455
4. Treuhandverbindlichkeiten	1.315.671,41	2.153	2.335
darunter: Treuhandkredite	777.803,10	1.612	1.795
5. Sonstige Verbindlichkeiten	8.419.256,16	7.036	9.703
6. Rechnungsabgrenzungsposten	2.671.458,96	1.913	3.353
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtur	13.736.713,00	6.276	13.058
b) Steuerrückstellungen	4.320.372,41	5.394	5.398
c) andere Rückstellungen	30.582.420,36	22.216	30.067
	48.639.505,77	33.886	48.523
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	55.829.354,59	70.316	86.340
10. Genussrechtskapital	4.894.597,18	0	8.047
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	462.719,15	0	3.152
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	24.000.000,00	20.000	20.000
12. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	0	900
b) Kapitalrücklage	0,00	0	0
c) Gewinnrücklage			
ca) Sicherheitsrücklage	205.283.607,36	154.493	200.463
cb) andere Rücklagen	0,00	0	0
d) Bilanzgewinn	5.109.918,14	3.690	4.821
	211.293.525,50	158.183	206.184
Summe der Passiva	4.673.730.185,32	3.392.889	4.588.340

1) angepasste Vorjahreszahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreszahlen der aufgenommenen Sparkasse

Fortsetzung Passiva

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005 1)
	€	TEUR	TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	39.551.521,02	26.485	45.732
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0	0
	39.551.521,02	26.485	45.732
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	104.158.925,53	71.449	80.087
	104.158.925,53	71.449	80.087

1) angepasste Vorjahreszahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreszahlen der aufgenommenen Sparkasse

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006 €	2005 TEUR	2005 1) TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	161.136.267,07	126.839	168.079
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	46.598.947,24	25.174	34.207
	207.735.214,31	152.013	202.286
2. Zinsaufwendungen	110.647.612,87	76.081	105.322
	97.087.601,44	75.932	96.964
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	4.312.242,62	9.022	10.809
b) Beteiligungen	1.637.842,14	1.273	1.699
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0	0
	5.950.084,76	10.295	12.508
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	34	34
5. Provisionserträge	28.739.446,54	20.750	26.593
6. Provisionsaufwendungen	2.101.363,18	18.827	24.336
	26.638.083,36	18.827	24.336
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	1.749.201,84	449	493
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.332.660,59	2.494	3.293
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	913	913
	133.757.631,99	108.944	138.541
10. Allgemeine Verwaltungsaufgaben			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	39.905.743,94	28.646	40.824
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	12.749.306,98	9.303	14.432
	52.655.050,92	37.949	55.256
b) andere Verwaltungsaufwendungen	23.327.776,96	15.606	21.485
	75.982.827,88	53.555	76.741
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.379.458,95	5.680	7.166
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	975.467,76	2.163	3.741
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	24.450.375,99	18.893	18.467
13. a) Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	4.000.000,00	2.400	2.400
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0	0
14. a) Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	611.160,74	20	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0	103
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	310.133,10	0	0
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	21.048.207,57	26.233	30.138
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0	0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.081.554,62	11.107	13.835
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	856.734,81	136	182
	15.938.289,43	11.243	14.017
25. Jahresüberschuss	5.109.918,14	14.990	16.121
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0	0
	5.109.918,14	14.990	16.121
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0	0
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0	0
	0,00	0	0
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	11.300	11.300
b) in andere Rücklagen	0,00	0	0
	0,00	11.300	11.300
29. Bilanzgewinn	5.109.918,14	3.690	4.821

1) angepasste Vorjahreszahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreszahlen der aufgenommenen Sparkasse

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1.179 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 5.110 TEUR

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: Gewährträgerhaftung 26 %

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis. Träger der Sparkasse sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger der Sparkasse für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechtskapital und von stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden. Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 457 Sparkassen, 11 Landesbanken,

11 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an. Darüber hinaus ist die Sparkasse dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation, angeschlossen. Dieses System ist als institutssichernde Einrichtung im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt.

Institutssichernde Einrichtungen im Sinne der vorstehend genannten gesetzlichen Bestimmungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt sie vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Geschäftsentwicklung

Als Vergleichszahlen haben wir die zusammengefassten Vorjahreszahlen der Sparkasse Wetterau und der Sparkasse Vogelsbergkreis angegeben.

Jahr	2006	2005	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.673.730	4.588.340	85.390	1,9
Geschäftsvolumen	4.713.282	4.634.072	79.210	1,7
Forderungen an Kreditinstitute	110.968	217.832	-106.864	-49,1
Forderungen an Kunden	2.845.964	2.831.514	14.450	0,5
Wertpapiere	1.528.063	1.331.780	196.283	14,7
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	33.953	34.161	-208	-0,6
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	83.189	82.097	1.092	1,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.318.868	1.207.298	111.570	9,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.879.494	2.894.102	-14.608	-0,5
Sicherheitsrücklage	205.284	200.463	4.821	2,4
Eigenkapital	211.294	206.184	5.110	2,5

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen konnten im Geschäftsjahr 2006 weiter gesteigert werden. Im Kundenkreditgeschäft konnten die Ausleihungen nur in geringem Umfang gesteigert werden. Eine deutliche Ausweitung der Anlagen in Wertpapieren führte zu einem Wachstum auf der Aktivseite. Dieser Finanzierungsbedarf wurde auf der Passivseite

durch eine gestiegene Ausgabe von Verbrieften Verbindlichkeiten und eine Ausweitung der Refinanzierung mit Kreditinstituten gedeckt.

Beteiligungen und verbundene Unternehmen

Der unter den Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse verringerte sich durch eine Bewertungsmaßnahme im Berichtsjahr geringfügig. Im Wesentlichen unterhalten wir Beteiligungen am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, an der Illustra Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG und an der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG. Weitere Beteiligungen bestehen in geringem Umfang auch an lokalen Unternehmen. Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns und für andere Unternehmen insbesondere Beratungsdienstleistungen sowie spezifische Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Eigenkapital

Unsere Sicherheitsrücklage wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 210,4 Mio. EUR betragen, das entspricht einer Erhöhung um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Zum 31. Dezember 2006 setzten sich die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, den Genussrechtsverbindlichkeiten, den Neubewertungsreserven auf notierte Wertpapiere sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2006

Das Wachstum im Aktivgeschäft war moderater als geplant. Auf der Passivseite konnten die Planwerte für die Kundeneinlagen bedingt durch die verstärkten bilanzneutralen Anlagen der Kunden in Wertpapieren nicht erreicht werden. Im Eigengeschäft war ein höherer Zuwachs zu verzeichnen als geplant. Das nach den Planungsrechnungen der Sparkasse für das Geschäftsjahr 2006 prognostizierte Betriebsergebnis vor und nach Bewertung konnte merklich übertroffen werden. Dies resultierte vorrangig aus der positiven Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen. Auch im Bruttoertrag wurde der prognostizierte Wert übererfüllt, obwohl der geplante Zinsüberschuss nicht ganz erreicht werden konnte. Das rückläufige Zinsergebnis konnte durch einen deutlich höheren Provisionsüberschuss - insbesondere aufgrund höherer Erträge im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft - und ein erheblich höheres Handelsergebnis kompensiert werden. Durch den stärker als erwarteten Zinsanstieg erhöhte sich der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft. Dieser konnte durch die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft mehr als kompensiert werden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	Jahr	2006	2005 ²	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge		103.038	109.472	-6.434	-5,9
Provisionsüberschuss		26.638	24.336	2.302	9,5
Handelsergebnis		1.749	493	1.256	254,8
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen		82.362	83.898	-1.536	-1,8
Betriebsergebnis vor Bewertung		50.110	49.989	121	0,2
Betriebsergebnis nach Bewertung		21.049	29.225	-8.176	-28,0
Steuern		15.938	14.017	1.921	13,7
Jahresüberschuss		5.110	16.121	-11.011	-68,3
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		62,4%	63,7%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹		9,5%	14,9%		

1 Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

2 angepasste Vorjahreszahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreszahlen der aufgenommenen Sparkasse

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2006 musste ein Rückgang im **Zinsüberschuss und den laufenden Erträgen** hingenommen werden. In Folge von Umschichtungen von Aktien und anderen nicht verzinslichen Wertpapieren in festverzinsliche Wertpapiere kam es zu einem Rückgang von rund 6,5 Mio EUR in den laufenden Erträgen. Bedingt durch die Umschichtungen und einer Ausweitung der Anlagen in verzinsliche Wertpapiere konnten die Zinserträge um 12,4 Mio EUR in diesem Bereich gesteigert werden. Durch rückläufige Margen im Kundengeschäft und einer zunehmenden Verflachung der Zinsstrukturkurve gingen die Zinserträge um rund 7 Mio EUR zurück. Die Zinsaufwendungen stiegen aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus und einer Ausweitung der Refinanzierungsmitteln um 5,3 Mio EUR. Der **Provisionsüberschuss** konnte in 2006 gesteigert werden. Hier wurden

deutliche Zuwächse bei den Erträgen im Bereich des Kundenkommissionsgeschäft für Wertpapiere aufgrund der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten und eines deutlich höheren Ordervolumens erzielt. Das **Handelsergebnis** konnte bedingt durch die positive Börsenentwicklung gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 erheblich gesteigert werden. Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** reduzierten sich die Personalaufwendungen durch einen geringeren Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2006. Der Sachaufwand erhöhte sich durch fusionsbedingte Einmalkosten für Beratung und Abwicklung der technischen Fusion. Durch den Wegfall einer Sonderabschreibung im Geschäftsjahr 2006 kam es zu rückläufigen Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gegenüber dem Geschäftsjahr 2005. Das **Betriebsergebnis nach Bewertung** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr durch wesentlich erhöhte Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere, da durch das gestiegene Zinsniveau Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Für das Kreditgeschäft sind wesentlich niedrigere Risikovorsorgeaufwendungen gegenüber 2005 angefallen. In Folge der sehr positiven Ertragslage wurde für das Geschäftsjahr 2006 eine

Dotierung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen, was sich ebenfalls in der Veränderung des Betriebsergebnisses nach Bewertung im Vergleich zum Vorjahr niederschlägt. Die Steuerzahlungen stiegen in 2006 durch den Wegfall von Erstattungen, die in 2005 das Ergebnis positiv beeinflusst hatten. Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis konnte trotz Rückgang der Erträge und fusionsbedingter Aufwendungen verbessert werden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsgrundsatz wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 2,68. Die Zahlungsbereitschaft kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Das Angebot, im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte), wurde genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva per 31. Dezember 2006 - mit 13,2 % (Vorjahr: 12,7 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 %. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung. Insgesamt ist die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zufrieden stellend.

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2006 hatten wir 1.179 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 977 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 44 Auszubildenden, 1 Praktikant, 38 Raumpflegerinnen und aus 119 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen. Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2006 insgesamt 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen, im Rahmen des Blockmodells waren hiervon bereits 40 Beschäftigte in der Freizeitphase. Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2006 und entspricht nicht den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand auf gesetzlicher Basis ausgewiesen wird.

Ausbildung und Personalentwicklung als wesentlicher Bestandteil der Personalarbeit

Unter der Überschrift „Verkaufsorientierung“ wählen wir unsere zukünftigen Auszubildenden aus und schulen während der 2 ½- bis 3jährigen Ausbildungszeit neben Fachwissen

gezielt in den Bereichen Verkaufstraining, Verbundgeschäft sowie Wirtschaft und Soziales. Die Personalentwicklung verfolgte im Jahr 2006 drei Schwerpunkte:

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Im Rahmen der Realisation der Unternehmensziele der Sparkasse ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar. In die Risikobetrachtung sind sämtliche wesentlichen Produkte, Dienstleistungen und Prozesse, die in der Sparkasse erstellt werden, sowie Dienstleistungen, welche die Sparkasse gemäß dem § 25a Abs. 2 KWG von Dritten bezieht, integriert. Bei der Anlage des Sparkassenvermögens wird stets darauf geachtet, dass zum einen das eingegangene Risiko die - in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit - budgetierten Deckungsmassen nicht übersteigt und zum anderen das Vermögen unter Abwägung von Chancen und Risiken effizient allokiert wird. In Erfüllung des KonTraG und des § 25a KWG sind geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken fester Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Diese Regelungen werden in einem Risikohandbuch der Sparkasse zusammengefasst dargestellt.

Ausblick:

Ausblick 2007 und Prognosebericht

Als größtes und vertriebsstarkes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, zusätzliche Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. In der Steigerung unseres Vertriebserfolges sowie in der Reduzierung von Aufwand und Risiken sehen wir die zentralen Aufgaben im Jahr 2007. Dabei orientiert sich die Sparkasse Oberhessen an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und wird ihre strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Hierbei streben wir strategisch eine Eigenkapitalrentabilität von mehr als 15 % sowie eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % bzw. zumindest jeweils einen Wert innerhalb der besten 33 % der Sparkassen in Hessen an. Insgesamt erwarten wir eine positive Geschäftsentwicklung. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen. Für das Jahr 2007 rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass sich der Aufschwung mit schwächerem Tempo als im Jahr 2006 fortsetzt. Wesentliche Triebkraft bleiben die Ausrüstungsinvestitionen, die nochmals kräftig zunehmen dürften, auch weil sich die Abschreibungsbedingungen mit Beginn des Jahres 2008 verschlechtern werden. Der private Konsum dürfte im Jahresdurchschnitt lediglich stagnieren, da die Realeinkommen durch die Maßnahmen der Finanzpolitik um rund 1 Prozentpunkt belastet wurden. Auch werden die in 2006 vorgezogenen Käufe fehlen. Unter diesen Rahmenbedingungen werden wir für unser Haus eine risikoorientierte, sowohl an klaren Ertrags- als auch Kostenzielen ausgerichtete Geschäftspolitik fortsetzen. Mit der Umsetzung wesentlicher vertriebsaktivierender Projekte und Maßnahmen sowie der laufenden

Erweiterung und Verbesserung einer service- und qualitätsorientierten Kundenbetreuung werden wir unsere starke Marktposition als modernes, regionales Finanzdienstleistungsunternehmen auch bei weiterhin hohem Wettbewerbsdruck behaupten können. Die folgenden Analysen beruhen auf Erwartungen der Sparkasse. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie dargestellt, verfügt die Sparkasse über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln. Im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation wollen wir im gewerblichen Kreditgeschäft ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale zu erreichen. Dabei werden die geschäftstypischen Risiken adäquat bepreist und das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft nachhaltig eingegrenzt. Bei den Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau, und im kommunalen Bereich sowie im Passivgeschäft mit Kunden rechnen wir mit einem moderaten Wachstum. Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir stärkere Impulse. Darüber hinaus bietet auch das Verbundgeschäft weitere Potenziale. Bei den Eigenanlagen planen wir, die Fälligkeiten mit dem Ziel einer langfristigen Ertragsoptimierung anzulegen. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich in etwa auf Vorjahresniveau bewegen. Die investiven Maßnahmen der Sparkasse beschränken sich weitgehend auf bauliche Erneuerungen an mehreren Vertriebsstandorten. Die stete Modernisierung von KompetenzCentren und Filialen ist ein Zeichen dafür, dass auch zukünftig der stationäre Vertriebsweg für unser Haus von erheblicher Bedeutung sein wird. Auf Basis des prognostizierten Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve rechnen wir bei einem spürbaren Rückgang des Zinsüberschusses, der nicht durch höhere Provisionserlöse kompensiert werden kann, mit einem rückläufigen Betriebsergebnis vor Bewertung und einem Anstieg des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses. Insgesamt erwarten wir einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau. Risiken für die Geschäftsentwicklung können sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt ergeben. Ein weiteres Risiko sehen wir bei einem über unserer Erwartung liegenden Anstieg der kurzfristigen Zinsen und einer daraus entstehenden inversen Zinsstrukturkurve. Andererseits ergeben sich bei einer steileren Zinsstrukturkurve Chancen, weitere Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse zur Deckung der Zahlungsverkehrskosten können Risikofaktoren für die Ertragslage darstellen. Eine negative Börsenentwicklung kann wegen der davon abhängigen Wertpapiererträge ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Ebenso besteht in einem unverändert positiven Börsenumfeld die Chance, Wertpapiergeschäfte weiter zu forcieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, mit entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen. Die Sparkasse begegnet mit ihrer neuen strategischen Ausrichtung aktiv diesen belastenden Tendenzen. Aufgrund ihrer Größe und der auf den Vertrieb ausgerichteten Aufbau- und Ablauforganisation sollen Synergien erzielt werden. Diese liegen in der Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Verwaltungsaufwendungen durch Abbau von Redundanzen und Nutzung von Degressionseffekten sowie in der Ausschöpfung zusätzlicher Ertragspotenziale im Kundengeschäft durch Vertriebsaktivierung und Spezialisierung im Vertrieb begründet. Aufgrund der personellen und sachlichen Investitionen in die vertriebliche Ausrichtung der Sparkasse rechnen wir mit einem spürbaren Einfluss auf die Ertragsrechnung

durch die Erzielung zusätzlicher Ertragssteigerungen im Kundengeschäft und einer nachhaltigen Stabilisierung der Ertragslage für die Folgejahre. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand erwarten wir für 2008 ein ähnliches Ergebnis wie für das Jahr 2007.

Sonstige Beteiligungen Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

(Stand zum 31.12.2006)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Herr Wanke	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss und stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahnpflege	Frau Dr. Schulte + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
AZN Förderverein Kirtorf e.V.	Landrat Marx	Mitglied Vorstand	1996	Zuwendung + Mitgliedsbeitrag 1.023,00	Amt für Finanzen
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1970	307,00	Amt für Finanzen
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied	2001	0,00	Kreiskasse
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied	?	250,00	Amt für Gebäudemanagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.376,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat Marx	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	Mitglied Vorstand	1970	freiwillig 50,00	Kreiskasse
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat Marx	Mitglied kraft Amtes	1951	150,00	Amt für Finanzen
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied			Landrat
Helios Kliniken GmbH	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. AG für Gesundheitserziehung Marburg e.V.	Frau Dr. Schulte	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Hess. Akademie für Forschung/Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt für Finanzen
Hess. Arbeitgeberverband	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		3.814,50	Hauptamt
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherung
Hess. Landesdenkmalrat	kein Vertreter	-		0,00	Bauamt
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied (ab 2004 Ruhen der Mitgliedschaft)	1954	0,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Landkreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien	-		42.829,00	Hauptamt
HLT Rechts- und Europaausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Finanzausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Präsidium	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Sozialausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.933,69	Amt für vhs
Hohhausmuseum Lauterb e.V.	Landrat Marx	Mitglied Vorstand kr.Amt.	1951	150,00	Amt für Finanzen

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherheit
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.651,37	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	0,00	Allgemeine Gefahrenabwehr
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	Beitrag 25,60 Zuw.3.570,00	Amt für Finanzen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Dr. Schulte	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherheit
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt für Finanzen
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe			Landrat
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Alsfeld	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherheit
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Lauterbach	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherheit

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	591,67	Amt für vhs
Migrationsrecht.net	Herr Schrimpf, Herr Hedrich, Frau Schlitt, Frau Kretschmer, Frau Dietz	Mitglied	2006	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	NN	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt CWN
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied			Landrat
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Planungsversammlung Regionalversammlung	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied		Umlage rd. 7.000,00	Hauptamt
Radio im Vogelsberg e.V.		Mitglied		30,00	Amt CWN
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	Amt CWN
SKAL International (Berufsverband / Tourismus)				170,00	Landrat
Sparkassen- und Giroverband Hessen und Thüringen - SGVHT, Frankfurt	Landrat Marx	stellv. Verwaltungsratsmitglied		0,00	Landrat
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Dr. Schulte	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			64.784,42	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale Sicherung
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt CWN
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	61,36	Amt für Finanzen
Verein Intern. Hessen - Rundfahrt e.V.		Ideelles Mitglied	1987	0,00	Amt für Finanzen
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	604,00	Amt CWN
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	2006	20.000,00	Amt CWN
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für Finanzen
Verein zur Förderung der Jugend und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Dr. Schulte	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt
Verein zur Förderung der Jugend und Drogenberatungsstelle e.V.	Herr Herget	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Verein zur Förderung des Ausbildungs-Zentrums für Naturschutz im VBK	Landrat Marx	Vorstandsmitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	kein Vertreter		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	135,02	Amt für vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2006. Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2007

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon: 06641 / 977-0
Telefax: 06641 / 977-336
Homepage: www.vogelsbergkreis.de